

127

Wirtschaftsprognose
Economic Forecast

Juni 2023

Sommer-Prognose der österreichischen Wirtschaft 2023–2024

Rückkehr auf einen moderaten Wachstumspfad

Sperrfrist: Mittwoch, 28. Juni 2023, 10:00 Uhr



INSTITUT FÜR HÖHERE STUDIEN
INSTITUTE FOR ADVANCED STUDIES
Vienna

127

Wirtschaftsprognose
Economic Forecast

Juni 2023

Sommer-Prognose der österreichischen Wirtschaft 2023–2024

Rückkehr auf einen moderaten Wachstumspfad

Martin Ertl

Ines Fortin

Daniela Grozea-Helmenstein

Jaroslava Hlouskova

Helmut Hofer

Sebastian P. Koch

Robert M. Kunst

Klaus Neusser

Michael Reiter

Felix Schröter

Klaus Weyerstraß



INSTITUT FÜR HÖHERE STUDIEN
INSTITUTE FOR ADVANCED STUDIES
Vienna

AutorInnen

Martin Ertl, Ines Fortin, Daniela Grozea-Helmenstein, Jaroslava Hlouskova, Helmut Hofer, Sebastian P. Koch, Robert M. Kunst, Klaus Neusser, Michael Reiter, Felix Schröter, Klaus Weyerstraß

Titel

Sommer-Prognose der österreichischen Wirtschaft 2023–2024
Rückkehr auf einen moderaten Wachstumspfad
Wirtschaftsprognose / Economic Forecast 127

Kontakt

Klaus Neusser

T +43 1 59991-125

E neusser@ihs.ac.at

Helmut Hofer

T +43 1 59991-251

E hofer@ihs.ac.at

Klaus Weyerstraß

T +43 1 59991-233

E klaus.weyerstrass@ihs.ac.at

Melanie Gadringer (Pressesprecherin)

T +43 1 59991-212

E gadringer@ihs.ac.at

Institut für Höhere Studien – Institute for Advanced Studies (IHS)

Josefstädter Straße 39, A-1080 Wien

T +43 1 59991-0

F +43 1 59991-555

www.ihs.ac.at

ZVR: 066207973

Alle Inhalte sind ohne Gewähr. Jegliche Haftung der Mitwirkenden oder des IHS aus dem Inhalt dieses Werks ist ausgeschlossen.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung und Zusammenfassung	7
2	Die internationale Konjunktur	15
2.1	Überblick.....	15
2.2	Länderprognosen.....	20
3	Die österreichische Außenwirtschaft.....	29
4	Perspektiven der Inlandskonjunktur.....	31
5	Monetäre Prognose	43
6	Tabellenanhang.....	47

Rückkehr auf einen moderaten Wachstumspfad

Nach einem kräftigen Wachstum befindet sich die österreichische Volkswirtschaft seit der Jahresmitte 2022 in einer Stagflation. Mit nachlassendem Preisdruck und einer Aufhellung der internationalen Konjunktur sollte das Wachstum der heimischen Produktion zu Jahresende 2023 aber wieder an Fahrt gewinnen. Im kommenden Jahr dürften kräftig steigende Realeinkommen den privaten Konsum stärken. Somit erwartet das Institut für die Jahre 2023 und 2024 unverändert BIP-Wachstumsraten von 0,5 % bzw. 1,4 %. Die Inflationsrate, gemessen am Verbraucherpreisindex, dürfte 7,5 % bzw. 4,0 % betragen. Damit geht die Teuerung im kommenden Jahr langsamer zurück als noch im März erwartet. Mit Arbeitslosenquoten von 6,5 % und 6,3 % bleibt der Arbeitsmarkt robust. Vor dem Hintergrund der hohen Kerninflation sowie der zukünftigen Belastung der öffentlichen Haushalte durch die Bevölkerungsalterung und die Energiewende ist eine restriktive Fiskalpolitik wohl unumgänglich.

1 Einleitung und Zusammenfassung

Die österreichische Volkswirtschaft stagniert seit Jahresmitte 2022 auf hohem Niveau. Die ursprünglich energiepreisbedingt hohe Inflation, steigende Zinsen, die durch den russischen Angriffskrieg ausgelösten Unsicherheiten sowie die ungünstigen internationalen Rahmenbedingungen belasteten die heimische Volkswirtschaft. Nach der Stagnation im ersten Quartal dürfte sich die Schwächephase der Konjunktur im zweiten und dritten Quartal des laufenden Jahres fortsetzen. Die Frühindikatoren deuten am aktuellen Rand nicht auf eine rasche Belebung hin, insbesondere in der Industrie hat sich die Stimmung eingetrübt. Das Institut geht aber davon aus, dass mit nachlassendem Preisdruck und einem Anziehen der internationalen Konjunktur die heimische Wirtschaft im Schlussquartal des laufenden Jahres wieder expandieren und auf einen moderaten Wachstumskurs zurückkehren wird. Somit erwartet das Institut für den Jahresdurchschnitt 2023 weiterhin eine Zunahme der Wirtschaftsleistung um 0,5 %. Im Jahr 2024 sollte sich das Wirtschaftswachstum auf 1,4 % beschleunigen. Die kräftig steigenden Realeinkommen dürften dabei den privaten Konsum stärken.

Zu Jahresbeginn hat sich die Weltwirtschaft etwas belebt. Sinkende Energiepreise, die Abkehr von der Null-Covid-Politik in China und die Normalisierung der Lieferketten haben dazu beigetragen. Hingegen bremsen die durch die Straffung der Geldpolitik ausgelösten steigenden Finanzierungskosten, und auch die Fiskalpolitik ist tendenziell restriktiver. Trotz der ausgeprägten Straffung der Geldpolitik blieb die Konjunktur in den USA robust. So legte die Wirtschaftsleistung im ersten Quartal 2023 um 0,3 % gegenüber dem Vorquartal zu, nach 0,6 % im Schlussquartal des Vorjahres. Mit Raten von jeweils

–0,1 % in den beiden Quartalen verzeichnete die Wirtschaft im Euroraum hingegen eine marginale Schrumpfung. Die deutsche Wirtschaft geriet in eine technische Rezession. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Stimmung bei Haushalten und Unternehmen vor dem Hintergrund fallender Rohstoff- und Energiepreise weltweit etwas aufgehellt. Die geringer werdende Belastung durch die Inflation und die robusten Arbeitsmärkte lassen eine moderate Expansion der Weltwirtschaft erwarten. Insgesamt hat sich die Einschätzung der internationalen Konjunktur gegenüber der Frühlings-Prognose nur marginal verändert. Die US-Wirtschaft dürfte im Prognosezeitraum um jeweils 1,3 % zulegen. Mit dem Wegfall der coronabedingten Einschränkungen sollte die chinesische Wirtschaft um 5,3 % bzw. 4,8 % wachsen. Ab dem dritten Quartal des laufenden Jahres dürfte die Konjunktur im Euroraum etwas anziehen, sodass für den Jahresdurchschnitt weiterhin ein Wachstum von 0,6 % erwartet wird. Im kommenden Jahr sollte sich der BIP-Anstieg auf 1,5 % beschleunigen. Für die Weltwirtschaft insgesamt werden Wachstumsraten von 2,6 % bzw. 2,9 % erwartet.

Die persistent hohe Inflation in Österreich drückt auf den privaten Konsum. Der robuste Arbeitsmarkt und die kräftigen nominellen Lohnzuwächse sollten im Verein mit der Rücknahme der Sparquote aber eine Zunahme des realen Konsums um 0,5 % erlauben. Aufgrund der kräftig anziehenden Realeinkommen könnte sich das Konsumwachstum im kommenden Jahr auf 1,8 % beschleunigen.

Bereits im Vorjahr haben die Bruttoanlageinvestitionen trotz hoher wirtschaftlicher Dynamik nahezu stagniert. Bremsend wirkten die große Unsicherheit im Zusammenhang mit dem Krieg Russlands gegen die Ukraine sowie insbesondere die kräftig gestiegenen Energiepreise. Die Straffung der Geldpolitik hat die Finanzierungskosten stark erhöht. Mit der schwachen internationalen Konjunktur dürften die Ausrüstungsinvestitionen im laufenden Jahr stagnieren. Mit der Erholung der Weltwirtschaft sollten die Ausrüstungen im kommenden Jahr um 2,0 % zulegen. Die stark gestiegenen Finanzierungskosten und die hohen Baupreise bremsen die Bauinvestitionen. Besonders betroffen ist der Wohnbau, was sich in rückläufigen Baubewilligungen manifestiert. Folglich sollten die Bauinvestitionen im Prognosezeitraum um 2,0 % bzw. 1,0 % schrumpfen. Damit werden die Anlageinvestitionen im laufenden Jahr um 1,0 % fallen und im nächsten Jahr mit 0,5 % etwas steigen.

Im Einklang mit der geringen Dynamik der Weltwirtschaft entwickeln sich auch die globalen Handelsströme äußerst schwach. Für das laufende Jahr wird nur eine Zunahme von 0,5 % erwartet. Nächstes Jahr dürfte sich der globale Warenhandel wieder etwas beleben und um 3,5 % zulegen. Entsprechend wenig dynamisch entwickeln sich die heimischen Exportmärkte. Die Warenexporte legen somit wohl nur um 1,0 % zu. Im kommenden Jahr könnte sich das Wachstum auf 3,0 % beschleunigen. Beim Reiseverkehr sollte sich der Aufholprozess nach der Corona-Pandemie mit etwas

verlangsamtem Tempo fortsetzen. Folglich werden die Gesamtexporte laut VGR im Prognosezeitraum voraussichtlich um 2,1 % bzw. 3,0 % ansteigen. Aufgrund der schwachen Binnennachfrage und der deutlichen Verlangsamung der Exporte werden die Gesamtimporte laut VGR im laufenden Jahr voraussichtlich nur um 1,4 % zulegen. Im kommenden Jahr dürfte sich das Wachstum auf 3,0 % beschleunigen. Von der Außenwirtschaft geht somit im laufenden Jahr ein positiver Wachstumsbeitrag aus.

Den Lohnverhandlungen wird traditionell die durchschnittliche Verbraucherpreis-inflation der letzten zwölf Monate zugrunde gelegt, sodass sich eine quasi automatische Indexierung der Löhne ergibt. Aus ökonomischer Sicht sollte aber der Preisindex des Bruttoinlandsprodukts zur Kaufkraftsicherung herangezogen werden. Laut Prognose steigen die nominellen Effektivlöhne im Prognosezeitraum um 7,0 % bzw. 6,0 % und damit etwas langsamer als die Tariflöhne. Die teilweise Abschaffung der kalten Progression bewirkt, dass sich die Abschlüsse auch netto entsprechend auswirken werden. Das Institut unterstellt, dass der Lohnbildungsprozess bewährten sozialpartnerschaftlichen Mustern folgt und die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Industrie berücksichtigt.

Der Inflationsdruck bleibt im Prognosezeitraum trotz rückläufiger internationaler Energiepreise hoch, insbesondere die Kerninflation weist eine höhere Persistenz auf als bisher erwartet. Zwar hat sich auch in Österreich der Preisauftrieb im Jahresverlauf verlangsamt, die Inflationsrate lag im Mai mit 9,0 % aber deutlich über dem Euroraum-Durchschnitt. Trieben im Vorjahr insbesondere die Energiepreise die Inflation, hat sich der Preisauftrieb inzwischen deutlich verbreitert. So sind etwa die Preise im Bereich Restaurants und Hotels um 13,6 % angestiegen und die Wohnkosten haben um 8,0 % angezogen. Die Rate der Kerninflation (ohne Nahrungsmittel und Energie) betrug im Mai bereits 8,7 % nach 5,6 % im Jahresdurchschnitt 2022. Aufgrund der Basiseffekte sollte die Teuerung in den kommenden Monaten weiter zurückgehen. Die gesunkenen internationalen Energie- und Rohstoffpreise, die stagnierende aggregierte Nachfrage sowie die Entspannung bei den globalen Lieferketten stellen weitere inflationsdämpfende Faktoren dar. Dem wirken Zweitrundeneffekte, etwa durch das hohe Ausmaß an Indexierungen am VPI, und steigende Lohnstückkosten entgegen. Für den Jahresdurchschnitt 2023 erwartet das Institut weiterhin eine Inflationsrate von 7,5 %. Aufgrund der hohen Persistenz der Kerninflation hebt das Institut die Prognose für den Jahresschnitt 2024 leicht auf 4,0 % an.

Die konjunkturelle Stagnation hat bisher kaum Spuren am Arbeitsmarkt hinterlassen. Die Beschäftigungsdynamik hat sich verlangsamt und die Arbeitslosenzahl nimmt seit April geringfügig zu. Im laufenden Jahr dürfte die Beschäftigung um 1,1 % zulegen und die Arbeitslosenquote marginal auf 6,5 % ansteigen. Mit der Konjunkturaufhellung sollte die Beschäftigung auch im kommenden Jahr um 1,1 % wachsen und die Arbeitslosenquote

wieder auf 6,3 % zurückgehen. Vor dem Hintergrund des sich demografisch verstärkenden Arbeitskräftemangels empfiehlt es sich, Maßnahmen zur Stärkung des Arbeitskräftepotenzials (etwa Integrationsmaßnahmen, Anreize zum längeren Arbeiten, gesundheitliche Prävention, Vereinbarkeit Beruf und Familie usw.) auszubauen.

Die Lage der öffentlichen Haushalte wird im Prognosezeitraum vom allmählichen Wegfall der diskretionären Krisenmaßnahmen geprägt. Die Auswirkungen der konjunkturellen Eintrübung auf das Budgetdefizit sind wegen des starken Wachstums des nominellen BIP begrenzt. Allerdings führt die hohe Inflation etwas verzögert zu steigenden staatlichen Ausgaben, etwa für Lohn- und Gehaltszahlungen oder für die Valorisierung der Sozialausgaben. Somit erwartet das Institut für das laufende Jahr ein gesamtstaatliches Defizit von 2,6 % des BIP. Aufgrund des allmählichen Wegfalls der krisenbedingten diskretionären Maßnahmen sollte das Budgetdefizit im nächsten Jahr spürbar zurückgehen. Gegenwärtig wird ein Defizit von 1,6 % des BIP erwartet. Der hartnäckig hohe Inflationsdruck erfordert eine restriktive Fiskalpolitik. Auch aus struktureller Sicht erscheint eine nachhaltige Budgetkonsolidierung erforderlich, um Spielräume für die Finanzierung der künftigen Ausgaben für den demografischen Wandel, steigende Zinszahlungen und die Erreichung der Klimaziele zu schaffen.

Das Risiko einer weltweiten Rezession erscheint derzeit gering. Allerdings befinden sich die primär umfragebasierten Vorlaufindikatoren auf niedrigem Niveau und sind teilweise abwärts gerichtet. Die hohen Auftragsbestände in der Industrie sind abgearbeitet, sodass rückläufige Auftragseingänge zu Produktionseinbußen führen dürften. Eine ausbleibende Belegung der Industriekonjunktur würde somit die konjunkturelle Dynamik weiter bremsen. Der weitere geldpolitische Kurs der EZB bzw. der Fed stellt ebenfalls einen Unsicherheitsfaktor dar. Sollten die Leitzinsanhebungszyklen länger als erwartet fortgesetzt werden, könnte es zu einer stärkeren Dämpfung der Nachfrage kommen. Ein weiteres Risiko geht von den in einigen Ländern fallenden Immobilienpreisen aus. Hinsichtlich der Entwicklung der Rohstoffpreise sind die Aufwärts- und Abwärtsrisiken in der Balance. Eine Eskalation des Kriegs von Russland gegen die Ukraine würde allerdings zu einem Anstieg der Energiepreise führen und die Energieversorgung gefährden.

Für die heimische Wirtschaft bestehen beträchtliche Abwärtsrisiken. Die voraussichtlich stärker als in den Handelspartnerländern steigenden Lohnkosten verschlechtern die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Unternehmen. Dies könnte die Exportdynamik merklich verlangsamen und auch das Investitionsklima beeinträchtigen. Die spürbar höheren Baupreise und die gestiegenen Finanzierungskosten könnten die Bauinvestitionen stärker einbrechen lassen. Eine geringere Persistenz der Inflation würde hingegen die heimische Wirtschaft beleben.

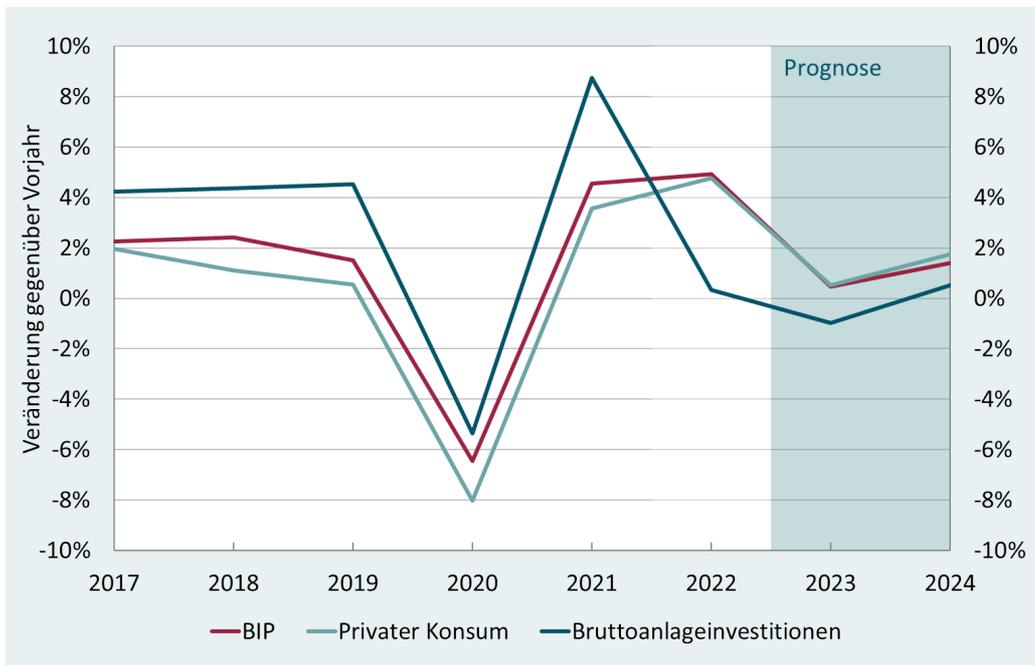
Tabelle 1: Wichtige Prognoseergebnisse
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2022	2023	2024
Bruttoinlandsprodukt, real	4,9	0,5	1,4
Privater Konsum, real	4,8	0,5	1,8
Bruttoinvestitionen, real	-2,4	0,2	1,7
Bruttoanlageinvestitionen, real	0,3	-1,0	0,5
Ausrüstungsinvestitionen, real	1,9	0,0	2,0
Bauinvestitionen, real	-1,4	-2,0	-1,0
Inlandsnachfrage, real	2,1	0,0	1,4
Exporte i. w. S., real	12,6	2,1	3,0
Waren, real (laut VGR)	8,7	1,0	3,0
Reiseverkehr, real (laut VGR)	96,8	16,8	1,6
Importe i. w. S., real	7,6	1,4	3,0
Waren, real (laut VGR)	4,0	0,2	3,0
Reiseverkehr, real (laut VGR)	58,2	5,0	2,7
Unselbständig Aktiv-Beschäftigte	3,0	1,1	1,1
Arbeitslosenquote: Nationale Definition ⁱ	6,3	6,5	6,3
Arbeitslosenquote: Eurostat-Definition ⁱ	4,8	5,2	5,0
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	4,5	7,0	6,0
Preisindex des BIP	4,9	7,2	4,2
Verbraucherpreisindex	8,6	7,5	4,0
Budgetsaldo Maastricht in % des BIP ⁱ	-3,2	-2,6	-1,6
3-Monats-Euribor ⁱ	0,3	3,5	3,7
10-Jahres-Rendite österreichischer Staatsanleihen ⁱ	1,7	3,2	3,4

ⁱabsolute Werte

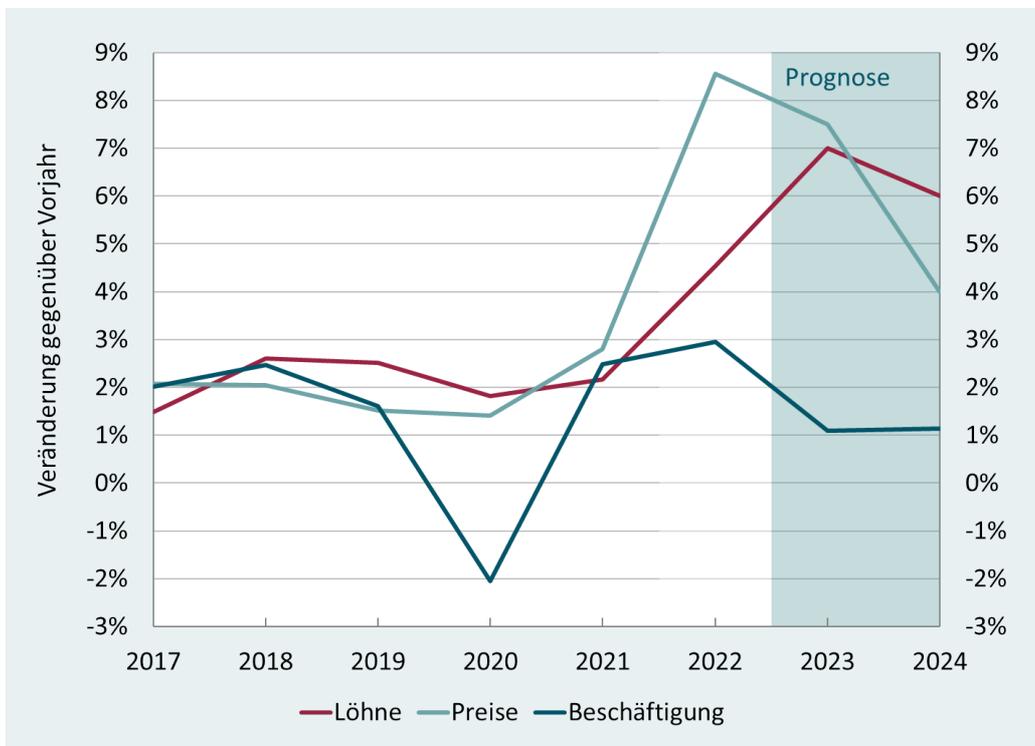
Quellen: Statistik Austria, Refinitiv Datastream, ab 2023 Prognose des IHS

Abbildung 1: BIP, Privater Konsum und Bruttoanlageinvestitionen, real



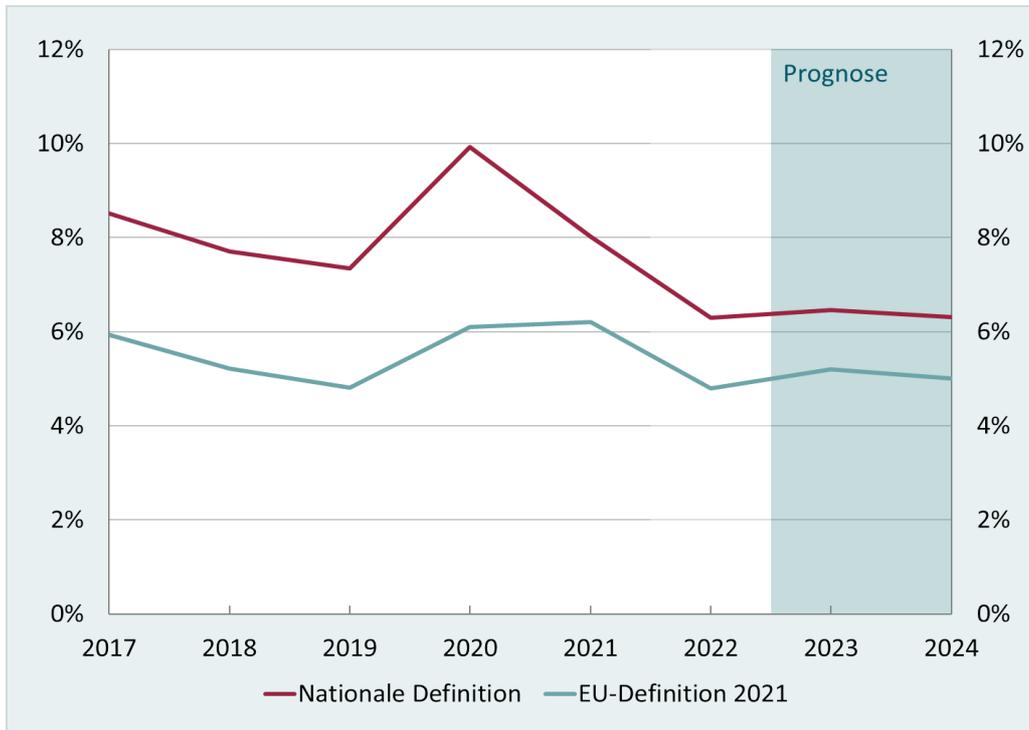
Quellen: Statistik Austria, ab 2023 Prognose des IHS

Abbildung 2: Löhne, Preise und Beschäftigung



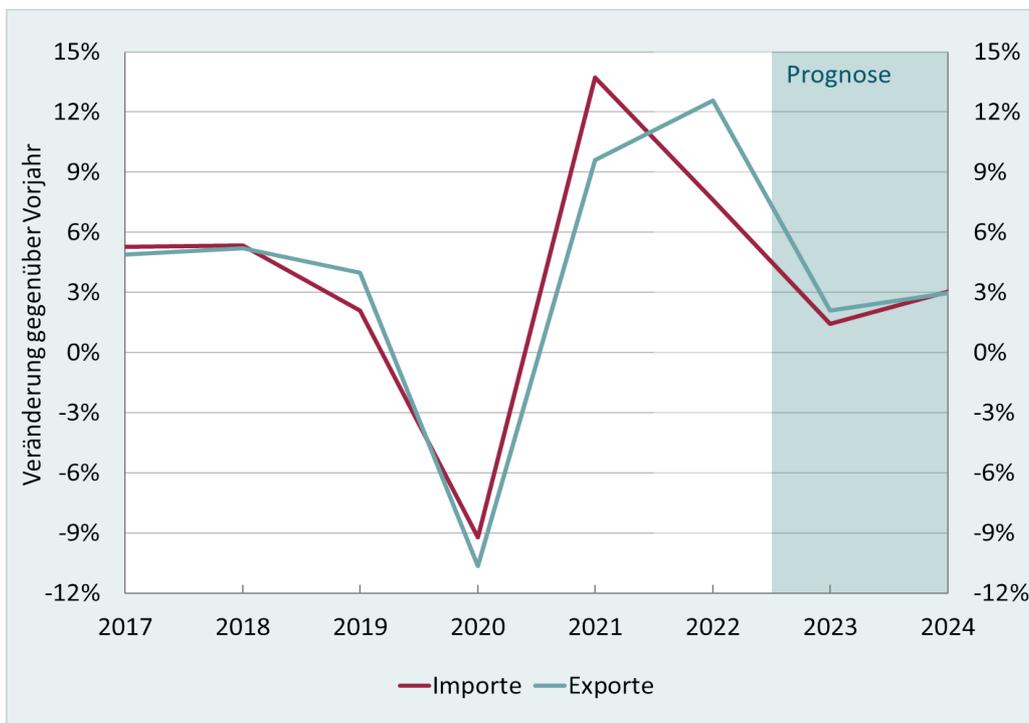
Quellen: Statistik Austria, Dachverband der Sozialversicherungsträger, ab 2023 Prognose des IHS

Abbildung 3: Arbeitslosenquote



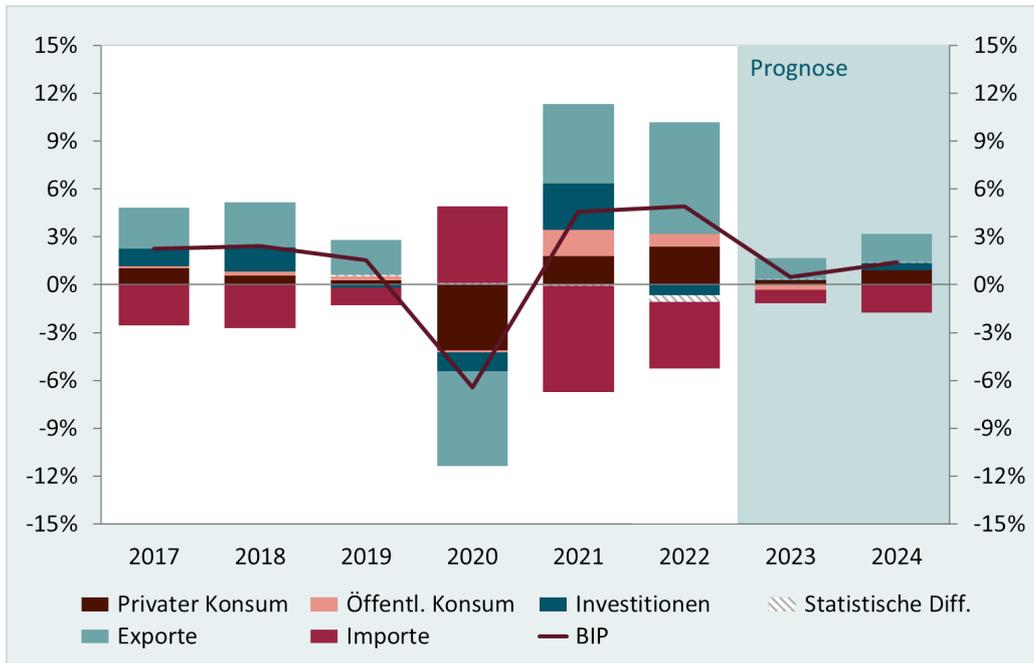
Quellen: AMS, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Eurostat, ab 2023 Prognose des IHS

Abbildung 4: Importe (i. w. S.) und Exporte (i. w. S.)



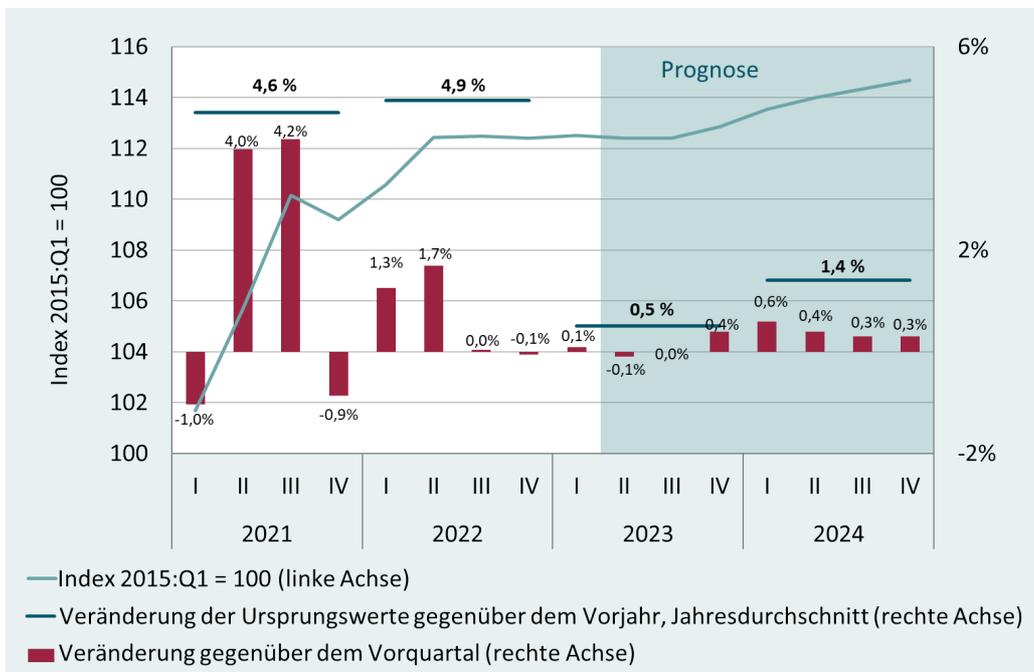
Quellen: Statistik Austria, ab 2023 Prognose des IHS

Abbildung 5: Wachstumsbeiträge der realen Endnachfragekomponenten



Quellen: Statistik Austria, eigene Berechnungen, ab 2023 Prognose des IHS

**Abbildung 6: Reales Bruttoinlandsprodukt
saison- und kalenderbereinigter Verlauf**



Quellen: Statistik Austria, ab 2. Quartal 2023 Prognose des IHS

2 Die internationale Konjunktur

2.1 Überblick

Die Weltwirtschaft befindet sich nach wie vor in einer Schwächephase. Dabei ist aber in vielen Regionen eine Stabilisierung zu beobachten. Diese wurde im ersten Quartal 2023 wesentlich vom Aufholprozess der chinesischen Volkswirtschaft nach der Abkehr von der strikten Null-Covid-Politik sowie vom robusten Arbeitsmarkt und steigenden verfügbaren Einkommen in den USA gestützt. In China belebten sich vor allem der private Konsum, insbesondere die Nachfrage nach Dienstleistungen, und die Exporte, vor allem nach Südostasien und nach Russland.

In der Europäischen Union nahm die gesamtwirtschaftliche Produktion im ersten Quartal leicht zu. Wegen der noch immer hohen Inflation und des damit einhergehenden Rückgangs der Kaufkraft gingen die Konsumausgaben weiter zurück. Jedoch hat sich die Situation auf den Energiemärkten inzwischen entspannt. In welchem Ausmaß sich die Rückgänge der Großhandelspreise in den Verbraucherpreisen niederschlagen, variiert zwischen den Mitgliedstaaten je nach Ausgestaltung der Lieferverträge, vor allem hinsichtlich der Laufzeit. Außerdem sind in einigen Mitgliedstaaten fiskalische Maßnahmen zur Reduktion der Energiepreise in Kraft.

In Russland ging die Wirtschaftsleistung im ersten Quartal 2023 gemäß einer Schnellschätzung des nationalen Statistikamts um rund 2 % im Vorjahresvergleich zurück. Trotz der westlichen Sanktionen entwickeln sich die Ölexporte kräftig, vor allem nach China und nach Indien. Zudem scheint sich die Verfügbarkeit von Vorleistungen dank deutlich steigender Importe aus China und den russischen Nachbarländern zu verbessern, was darauf hindeutet, dass die Sanktionen in gewissem Umfang umgangen werden. In Indien stieg das Bruttoinlandsprodukt kräftig, getragen von der Industrieproduktion und den Dienstleistungen. In den übrigen Schwellenländern bremst die hohe Inflation die Konjunktur. Zwar sinken die Energie- und Nahrungsmittelpreise, aber die Kerninflation ohne diese Warengruppen bleibt hoch. Die Volkswirtschaften in Südostasien werden durch die Erholung in China begünstigt, aber abseits der Nachholeffekte infolge des Endes der Null-Covid-Politik in China ist die konjunkturelle Grundtendenz in den südostasiatischen Schwellenländern eher schwach.

Die Preise für Erdöl und Erdgas haben in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres deutlich nachgegeben. Seit Anfang des heurigen Jahres pendelt der Preis für ein Barrel der Nordseeölsorte Brent zwischen 70 und 80 US-Dollar, mit einem kurzzeitigen Ausschlag auf knapp 90 US-Dollar Mitte April. Auf Basis der Notierungen an den Terminmärkten liegt der vorliegenden Prognose die Annahme zugrunde, dass der

Ölpreis im Durchschnitt des laufenden Jahres 77 und im kommenden Jahr 72 US-Dollar je Barrel betragen wird. Erdgas zur Lieferung in einem Monat kostete Mitte Juni am niederländischen Knotenpunkt TTF knapp 40 Euro je MWh, nachdem der Preis im vergangenen Sommer zeitweise bei mehr als 300 Euro je MWh gelegen hatte. Angesichts des milden Winters und der Einsparungen von Haushalten und Unternehmen sind die Füllstände der Gasspeicher gegenwärtig höher als im vergangenen Herbst befürchtet. Ein Teil der Verbrauchsreduktion geht allerdings auf Produktionseinschränkungen in der Industrie zurück, was die Konjunktur im vierten Quartal belastete. Entspannung kommt von den globalen Lieferketten und den Frachtraten im Seegüterverkehr. Letztere sinken seit dem vergangenen Sommer und haben sich mittlerweile wieder annähernd normalisiert. Die Preise für manche Industrierohstoffe wie Eisenerz sind in den vergangenen Wochen wieder leicht gestiegen, nachdem auch diese im zweiten Halbjahr 2022 nachgegeben hatten.

Der Wechselkurs zwischen dem Euro und dem US-Dollar bewegt sich seit Beginn des heurigen Jahres in einem engen Korridor zwischen 1,05 und 1,10 US-Dollar je Euro. Dieser Prognose liegt die Annahme eines Wechselkurses von 1,08 US-Dollar je Euro im Durchschnitt des laufenden Jahres und 1,09 USD/EUR im kommenden Jahr zugrunde.

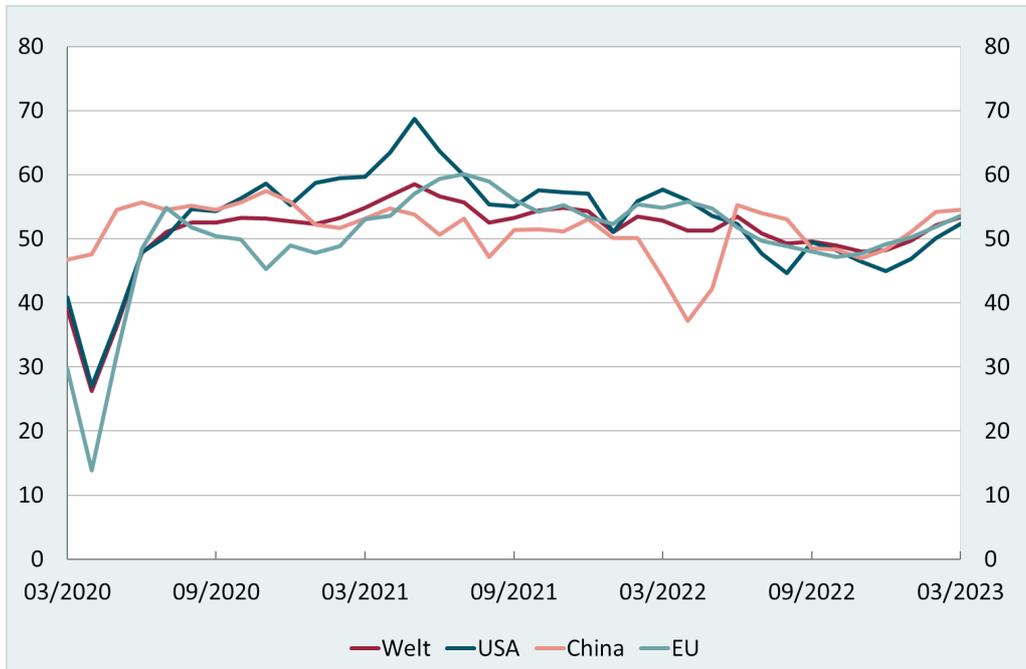
Der Welthandel ging im ersten Quartal 2023 nach Daten des niederländischen CPB saisonbereinigt um 0,9 % zurück. Erst im März konnte eine Bodenbildung beobachtet werden, insbesondere in China. Für die kommenden Monate deuten Frühindikatoren wie der RWI/ISL-Containerumschlagindex auf eine allmähliche Erholung des Welt-handels hin. Während der Containerumschlag im April in den chinesischen Häfen kräftig stieg, konnte in den europäischen Häfen erst eine Stabilisierung beobachtet werden. Ein Grund für den verhaltenen weltweiten Warenhandel ist, dass die globale Konjunkturerholung momentan vor allem von den Dienstleistungen getragen wird, während die Nachfrage nach Waren unter der hohen Inflation und den Zinserhöhungen leidet.

Die Inflation geht zurück, allerdings nur langsam. Im Aggregat der OECD-Länder stiegen die Verbraucherpreise im April um 7,1 %. Während die Inflation in den USA bereits seit August 2022 sinkt, ist dies im Euroraum erst seit November der Fall. Die Kerninflation ohne Energie und Nahrungsmittel ist aber sehr persistent. Die vielerorts robusten Arbeitsmärkte erlaubten den Gewerkschaften die Durchsetzung hoher Lohnsteigerungen, und die kräftige Nachfrage erlaubte es den Unternehmen offenbar, die höheren Kosten weiterzugeben.

Frühindikatoren wie die Einkaufsmanagerindizes (Abbildung 7) signalisieren, dass die Schwächephase der Weltwirtschaft im Frühjahr anhält und nur langsam überwunden wird. Vor allem die hartnäckige Inflation und die zu deren Bekämpfung vorgenommenen

Zinserhöhungen bremsen die Konjunktur, insbesondere in der Industrie. Gestützt wird die Produktion von der weitgehenden Normalisierung der globalen Lieferketten und den rückläufigen Frachtraten. Nachholeffekte beim internationalen Tourismus nach dem Ende der Corona-Pandemie sorgen aber dafür, dass die Konjunkturerholung momentan vor allem von den Dienstleistungen getragen wird. Die Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen belastet die Investitionstätigkeit, und die weiterhin hohe Inflation bremst den privaten Konsum. Der Welthandel leidet unter den geopolitischen Spannungen. Erst allmählich sollte die langsam sinkende Inflation zusammen mit den vorangegangenen Lohnerhöhungen den privaten Konsum stützen, und die Entspannung bei den Angebotsrestriktionen sollte der Industrieproduktion Schwung verleihen. Vor diesem Hintergrund dürfte das globale Wachstum in diesem Jahr mit 2,6 % geringer ausfallen als im Vorjahr (3,3 %). Dies gilt insbesondere für die Gruppe der Industrieländer. Bei den Schwellenländern sorgt die Erholung in China dafür, dass das Wachstum robust bleibt. Die Inflationsraten dürften in den meisten Volkswirtschaften spürbar zurückgehen. Hierzu tragen die gesunkenen Rohstoffpreise und die geldpolitische Straffung bei. Im Einklang mit der globalen Konjunkturbelebung sollte auch der Warenhandel allmählich Fahrt aufnehmen und im laufenden Jahr um 0,5 % sowie im kommenden Jahr um 3,5 % steigen.

Abbildung 7: Einkaufsmanagerindizes in ausgewählten Ländern und Regionen



Quelle: Refinitiv Datastream

Im **Euroraum** ging das saisonbereinigte Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal leicht zurück, ebenso wie im vierten Quartal des Vorjahres. Der private Konsum ist vor dem

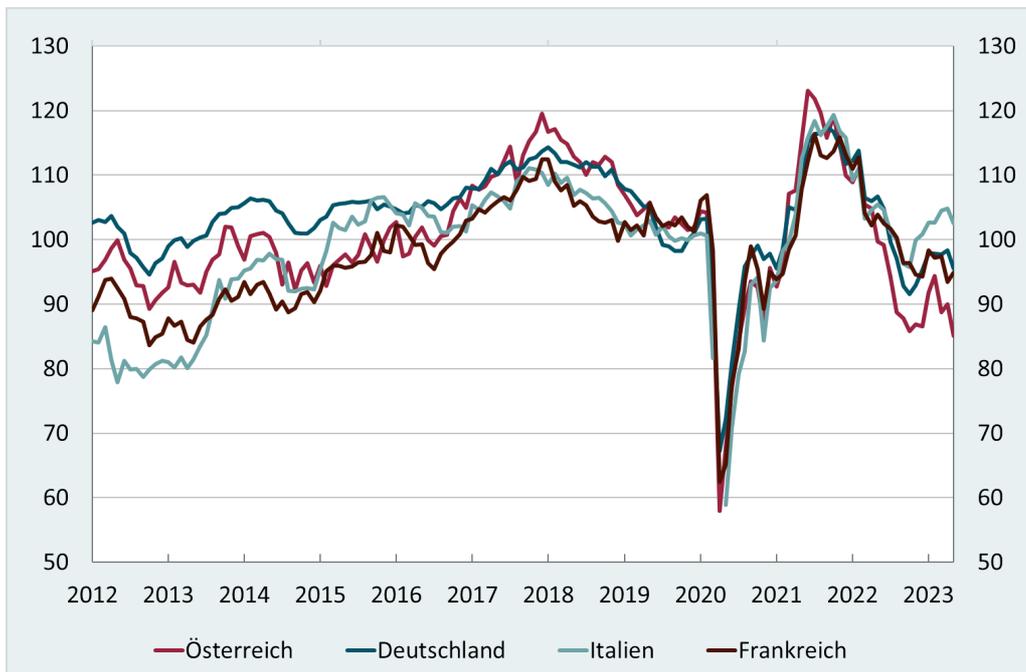
Hintergrund des Kaufkraftverlusts infolge der hohen Inflation das zweite Quartal in Folge gesunken, wenn auch langsamer als zuvor. Auch der Staatskonsum ging zurück. Dagegen trugen die Investitionen positiv zum Wachstum bei, ebenso wie der Außenbeitrag. Der Rückgang vieler Rohstoffpreise, nicht zuletzt für Erdgas, hat dazu beigetragen, die Ausgaben für importierte Güter zu verringern. Auch die Einfuhrmengen sind zurückgegangen, insbesondere bei Rohstoffen, Vorleistungsgütern und Investitionsgütern. Allerdings war die wirtschaftliche Entwicklung in den Mitgliedstaaten heterogen. Deutschland meldete einen Rückgang der Wirtschaftsleistung, während sie in Italien, Spanien und Frankreich zulegen.

Der Arbeitsmarkt wurde bisher von der Konjunkturschwäche nicht erfasst. Im ersten Quartal erhöhte sich sowohl die Zahl der Erwerbstätigen als auch die Zahl der Arbeitsstunden um 0,6 % gegenüber dem Vorquartal. Die Arbeitslosenquote erreichte im April mit 6,5 % den historischen Tiefstand seit Bestehen der Währungsunion. Die Inflation verringerte sich im Mai deutlich von 7,0 % auf 6,1 %. Während die Energiepreise inzwischen sogar niedriger als im Vorjahresmonat sind, verringerte sich der Anstieg der Nahrungsmittelpreise nur geringfügig von 13,5 % im April auf 12,5 % im Mai. Die Kerninflation ohne diese Warengruppen ging leicht auf 5,4 % zurück. Der Anstieg der Erzeugerpreise, die einen Vorlauf vor den Konsumentenpreisen haben, hat sich ebenfalls weiter verlangsamt. Zwar hat die Erzeugerpreis-inflation vor allem aufgrund des Beitrags der Dynamik bei den Energie- und Vorleistungsgüterpreisen nachgelassen, doch sind auch die übrigen Komponenten in der ersten Jahreshälfte zurückgegangen.

Die Stimmung im Euroraum, gemessen etwa anhand des Index der wirtschaftlichen Einschätzung (ESI), deutet auf eine schwache Konjunktur auch im zweiten Quartal hin (Abbildung 8). Zwar geht die Inflation allmählich zurück und die Arbeitsmärkte sind stabil, aber der Rückgang der Teuerung erfolgt nur langsam, sodass sich die Realeinkommen schwach entwickeln. Außerdem drücken die steigenden Finanzierungskosten und die hohe Unsicherheit weiterhin auf die Investitionstätigkeit. Gleichwohl dürfte der Inflationsrückgang im späteren Verlauf des Prognosezeitraums zusammen mit der Belebung der Weltwirtschaft die Konjunktur im Euroraum stützen.

Vor diesem Hintergrund erwartet das Institut, dass das reale Bruttoinlandsprodukt im Euroraum in den beiden Prognosejahren nur um 0,6 % bzw. 1,5 % steigen wird (Tabelle 2). Die Arbeitslosenquote sollte sich kaum ändern. Die Inflation dürfte langsam zurückgehen, aber auch am Ende des Prognosezeitraums noch deutlich über dem Zielwert der EZB von 2 % liegen.

Abbildung 8: Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung (ESI)



Anmerkung: Für Italien wird für April 2020 kein Wert ausgewiesen.

Quellen: Europäische Kommission, Refinitiv Datastream

Tabelle 2: Wirtschaftliche Eckdaten für den Euroraum in Prozent

	2022	2023	2024
BIP-Wachstum	3,5	0,6	1,5
Arbeitslosenquote	6,8	6,8	6,7
Inflation HVPI	8,4	5,4	3,2

Quellen: Quellen: Prognose des IHS auf Basis von Daten von Eurostat

Es bestehen weiterhin beträchtliche Abwärtsrisiken für die Weltwirtschaft. Insbesondere könnte der Krieg Russlands gegen die Ukraine weiter eskalieren. Zudem würde bei einem strengen Winter in Europa eine Gasmangellage drohen, auch wenn eine solche im vergangenen Winter abgewendet werden konnte und die Gasspeicher nach dem Sommer gut gefüllt sein dürften.

Ein gewisses Risiko geht von den globalen Finanzmärkten aus. Die Turbulenzen im Bankensystem im Frühjahr, als in den USA Regionalbanken insolvent wurden und die Schweizer Großbank Credit Suisse nur durch eine Übernahme durch die UBS gerettet werden konnte, haben die Anfälligkeit des Finanzsystems im Umfeld der raschen Zinserhöhungen vor Augen geführt. Bisher hat sich das Finanzsystem widerstandsfähig gezeigt, denn diese Turbulenzen blieben zeitlich und regional begrenzt. Schließlich kann

sich die Inflation als hartnäckiger als erwartet erweisen. Auch der geldpolitische Kurs der EZB bzw. der Fed stellt einen Unsicherheitsfaktor dar. Sollten weitere Zinsanhebungen notwendig werden, so könnte es zu einer stärkeren Dämpfung der Nachfrage kommen. Ein weiteres Risiko geht von den in einigen Ländern fallenden Immobilienpreisen aus.

2.2 Länderprognosen

Das Wirtschaftswachstum der **Vereinigten Staaten** hat sich im letzten Jahr auf 2,1 % verlangsamt, eine Rezession ist aber trotz der Straffung der Geldpolitik durch die Fed bislang nicht in Sicht. Im ersten Quartal 2023 wurde ein leichter BIP-Anstieg von 0,3 % gegenüber dem Vorquartal verzeichnet. Vor allem die starke Ausweitung des Konsums durch die Haushalte ermöglichte den Zuwachs, während die Bruttoanlageinvestitionen nach der bereits im vergangenen Jahr schwachen Entwicklung rückläufig blieben. Insbesondere die Bautätigkeit fiel spürbar gedämpft aus, was auf die gestiegenen Baukosten und Zinsen zurückzuführen sein dürfte. Der Konsum der Haushalte wird durch die gute Arbeitsmarktlage gestützt. Das monatliche Beschäftigungswachstum lag in den vergangenen sechs Monaten im Durchschnitt bei rund 300.000 neu geschaffenen Stellen. Die Arbeitslosenquote lag im Mai mit 3,7 % auf einem sehr niedrigen Niveau, allerdings kühlt sich das Lohnwachstum langsam ab. Der Anstieg der durchschnittlichen Stundenlöhne belief sich im Mai auf 4,3 %, nachdem die durchschnittlichen Zuwächse im letzten Jahr bei 5,3 % gelegen hatten.

Die Inflationsrate lag im Mai bei 4,0 % und war damit weitaus niedriger als in Europa. Die Kerninflationsrate lag hingegen bei 5,3 %. Im Juni beließ der Offenmarktausschuss der Fed die Bandbreite für die Federal Funds Rate unverändert zwischen 5,0 und 5,25 %. Die Konjunktur trotz bislang dem restriktiven geldpolitischen Kurs, den die Federal Reserve verfolgt. Der robuste Arbeitsmarkt würde der Fed weitere Leitzinsanhebungen erlauben, falls die Inflation zu hoch bleibt. Im Bankensektor folgte mit der First Republic Bank eine weitere große Insolvenz nach den Zahlungsausfällen der Silicon Valley Bank, der Signature Bank und der Silvergate Bank. Allerdings bestehen keine Anzeichen für eine systemische Krise des Bankensektors. So war laut der amerikanischen Einlagensicherungsbehörde (FDIC) die Zahl der Problembanken im ersten Quartal 2023 nicht überdurchschnittlich hoch. Im Kongress einigten sich Republikaner und Demokraten auf eine Anhebung der Staatsschuldenobergrenze, womit letztlich ein Zahlungsausfall des Bundes verhindert werden konnte. Das Institut prognostiziert ein BIP-Wachstum von je 1,3 % in den Jahren 2023 und 2024.

In **Japan** erhöhte sich die Wirtschaftsleistung infolge kräftiger Investitionen und eines dynamischen privaten Konsums um 0,7 % gegenüber dem Vorquartal. Angesichts eines deutlichen Rückgangs der Exporte war der Wachstumsbeitrag des Außenhandels

hingegen negativ. Trotz positiver Wirtschaftsdynamik erholte sich die Wirtschaft bislang noch nicht vollständig von der pandemiebedingten Rezession. Das Bruttoinlandsprodukt blieb somit unter dem Niveau vom Jahr 2019.

Nach dem stetigen Anstieg im Vorjahr blieb die Inflation in den ersten Monaten dieses Jahres hoch und betrug im April 3,5 %. Ausschlaggebend waren hierfür Preiserhöhungen für Lebensmittel, während die Energiepreise seit Februar kontinuierlich zurückgingen. Die starke Abwertung des Yen verschärfte den Inflationsdruck. Mit einem deutlichen Rückgang der Inflation ist erst im nächsten Jahr zu rechnen. Aufgrund der demografischen Entwicklung bleibt die Arbeitslosenquote stabil auf einem niedrigen Niveau. Im April lag sie bei 2,4 %.

Im laufenden Jahr dürfte die wirtschaftliche Erholung an Fahrt gewinnen. Darauf deuten die Stimmungsindikatoren, wie die Einkaufsmanagerindizes, hin. Die Investitionen und die Konsumausgaben werden durch die Fortsetzung der expansiven Finanz- und Geldpolitik gestützt. Die Notenbank hat den Leitzins bislang nicht angehoben. Dieser ist weiterhin leicht negativ (-0,1 %). Ein Konjunkturpaket in Höhe von rund 5 % des BIP soll die Wirtschaft ankurbeln. Weitere positive Impulse bekommt die Konjunktur durch die Wiederöffnung Chinas nach der Aufhebung der Null-Covid-Politik. Insgesamt dürfte das Bruttoinlandsprodukt im laufenden und im nächsten Jahr um 1,5 % bzw. 1,0 % zulegen.

Nach der Aufhebung der Corona-Beschränkungen beschleunigte sich die Wirtschaftsdynamik in der **Volksrepublik China** am Anfang dieses Jahres. Die Wirtschaftsleistung expandierte im ersten Quartal mit 2,2 % gegenüber dem Vorquartal bzw. 4,5 % zum Vorjahresquartal. Zwei Drittel des Wachstums entfielen auf die gestiegene Konsumnachfrage, gestützt durch die angesammelten Ersparnisse der Haushalte während der Corona-Pandemie. Das Hotel- und Gaststättengewerbe verzeichnete ein starkes Wachstum (+14 %), während die Industrieproduktion um knapp 3 % expandierte. Die schwächere Nachfrage auf Chinas wichtigsten Exportmärkten dämpfte das Wachstum der Industrieproduktion. Während die Exporte in die ASEAN-Länder und nach Russland im ersten Quartal um rund 18 % bzw. 46 % gegenüber dem ersten Quartal 2022 stiegen, sanken die Ausfuhren in die USA um rund 17 % und in die EU-Länder um rund 7 %.

Nach einer lebhaften Entwicklung im ersten Quartal schwächte sich im April und Mai die Wirtschaftsdynamik ab. Um die Kreditvergabe der Banken weiter anzukurbeln, hat die Zentralbank Mitte Juni erstmals seit zehn Monaten alle wichtige Leitzinssätze um 0,10 Prozentpunkte gesenkt. Allerdings befand sich der Gesamtbestand an Finanzierungskrediten Ende März mit 293 % des BIP bereits auf einem sehr hohen Niveau. Die Teuerungsrate belief sich im März auf lediglich 0,7 % im Vorjahresvergleich und der Rückgang der Erzeugerpreise setzte sich fort. Die nationale Arbeitslosenquote

für städtische Gebiete betrug 5,3 %. Allerdings ist die Arbeitslosigkeit bei den Jugendlichen deutlich gestiegen und lag im März bei den 16- bis 24-Jährigen bei fast 20 %.

Angesichts des Konsolidierungsbedarfs im Immobiliensektor ist mit einer für chinesische Verhältnisse nur moderaten Zunahme der Wirtschaftsleistung im Prognosezeitraum zu rechnen. Die Bedeutung der Exporte als Wachstumstreiber dürfte mit der Erholung der Auslandsnachfrage zunehmen. Zusätzlich sollte die Abwertung des Yuan seit Anfang dieses Jahres sowohl gegenüber dem Euro als auch gegenüber dem US-Dollar die Exporte stützen. Im Jahr 2023 dürfte die BIP-Expansion 5,3 % betragen, was in etwa dem von der Regierung für dieses Jahr festgelegten Wachstumsziel von 5 % entspricht. Im nächsten Jahr dürfte das BIP um 4,8 % zunehmen.

In **Deutschland** ist die saison- und arbeitstagebereinigte Wirtschaftsleistung im ersten Quartal 2023 um 0,3 % zurückgegangen, nachdem sie bereits im Schlussquartal 2022 um 0,5 % gesunken war. Damit liegt das Bruttoinlandsprodukt um 0,5 % unter dem Niveau von vor der Corona-Pandemie, und Deutschland geriet in eine technische Rezession. Diese spiegelt sich aber nur im BIP, nicht jedoch in der Wertschöpfung, wider. Denn diese ist im ersten Quartal um 0,9 % gestiegen. Den deutlichsten Zuwachs verzeichnete das Baugewerbe mit 6,1 %, was auch der ungewöhnlich milden Witterung zu verdanken ist. Im Verarbeitenden Gewerbe erhöhte sich die Wertschöpfung um 2,0 %, in den Dienstleistungsbereichen entwickelte sie sich heterogen. Die Diskrepanz zwischen der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und der Wertschöpfung ergibt sich aus stark rückläufigen Gütersteuern, beispielsweise der Umsatzsteuer und der Grunderwerbsteuer. Auf der Verwendungsseite sanken der private und der öffentliche Konsum kräftig. Nach einer schwachen zweiten Jahreshälfte 2022 stiegen dagegen die Bauinvestitionen, auch wegen der günstigen Witterung, und die Ausrüstungsinvestitionen nahmen zum Jahresbeginn ebenfalls deutlich zu. Auch vom Außenhandel kamen positive Impulse, da die Exporte stiegen und die Importe zurückgingen.

Der Beschäftigungszuwachs setzte sich zu Jahresbeginn fort. Die jüngsten Indikatoren deuten aber auf einen Umschwung am Arbeitsmarkt hin. Im Mai verschlechterte sich das Arbeitsmarktbarometer des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung und die Zahl der gemeldeten offenen Stellen ging zurück. Spiegelbildlich stieg die registrierte Arbeitslosigkeit. Dies hat mit der schwachen Konjunktur, aber auch mit der Arbeitsmarktintegration der Flüchtlinge aus der Ukraine zu tun. Nachdem die Arbeitslosenquote im Mai 2022 ihren jüngsten Tiefpunkt mit 5,0 % erreicht hatte, belief sie sich im Mai 2023 auf 5,6 %. Die Inanspruchnahme der Kurzarbeit ist zuletzt leicht gestiegen, vor allem in der Industrie.

Der Inflationsdruck lässt allmählich nach. Seit Beginn des Jahres hat sich der Anstieg der Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr von 8,7 % auf 6,1 % im Mai verlangsamt. Dies liegt vor allem daran, dass die Energiepreise durch die Einführung der Strom- und Gaspreisbremse und den Rückgang der Großhandelspreise kaum noch zur Teuerung beitragen. Auch die Kernrate der Inflation ist deutlich zurückgegangen. Dies liegt unter anderem an der Einführung des Deutschlandtickets im öffentlichen Personennahverkehr.

Indikatoren wie der ifo Geschäftsklimaindex deuten auf eine schwache Konjunktur auch im zweiten Quartal hin. In der zweiten Jahreshälfte dürfte sich die Wirtschaft etwas beleben, sofern sich die Inflation weiter abschwächt und die privaten Haushalte ihre Konsumzurückhaltung aufgeben. Wegen der Schwäche zum Jahreswechsel dürfte das Bruttoinlandsprodukt im Jahresdurchschnitt 2023 um 0,2 % sinken. Für das kommende Jahr ist eine Zunahme um 1,8 % zu erwarten.

Im ersten Quartal 2023 stieg das BIP in **Italien** um 0,6 % gegenüber dem Vorquartal. Der Anstieg wurde durch die Ausweitung des privaten Konsums ermöglicht. Die Haushalte trotzten der schwachen Entwicklung der Realeinkommen, welche sie aufgrund der hohen Inflation hinnehmen mussten, und reduzierten die Sparquote. Zudem wurde der BIP-Anstieg durch die Ausweitung des öffentlichen Konsums und der Bruttoanlageinvestitionen bedingt. Sowohl die Exporte als auch die Importe sanken gegenüber dem Vorquartal. Im April lag die Anzahl der Beschäftigten mit knapp 23,5 Mio. auf einem Rekordniveau, und die Arbeitslosenquote war mit 7,8 % historisch niedrig. Die Stimmungskennzeichen haben sich gegenüber dem Jahresende etwas verbessert und deuten weiterhin auf eine moderate Expansion der Wirtschaftstätigkeiten hin. Die Inflationsrate hatte ihren Höchststand bei 11,8 % im November und Dezember des letzten Jahres, bevor sie zu sinken begann und im Mai bei 7,6 % landete.

Der Wiederbelebung des Tourismus war ein wichtiger Faktor für den Aufschwung nach den Corona-Einschränkungen. Die ausländischen Nächtigungen lagen im letzten Jahr aber noch um 12,1 % unter dem Jahr 2019. Zu Beginn des Jahres entwickelte sich der Fremdenverkehr weiterhin gut. Die Fiskalmaßnahmen zur Unterstützung von Haushalten und Unternehmen angesichts der Teuerung beliefen sich auf 5,2 % des BIP und werden im Laufe des Jahres voraussichtlich reduziert. Die umfangreichen NextGenerationEU-Mittel und die damit einhergehenden öffentlichen Investitionen sollten im Prognosezeitraum ein Wachstumstreiber bleiben, allerdings lagen die Ausgaben mit Ende 2022 wegen Verzögerungen bei öffentlichen Investitionsprojekten bereits hinter dem Zeitplan zurück. Aufgrund der positiven Entwicklung im ersten Quartal wird die Wachstumsprognose für das laufende Jahr auf 1,2 % angehoben. Für 2024 wird unverändert ein BIP-Anstieg von 1,0 % erwartet.

In **Frankreich** stieg das BIP im ersten Quartal 2023 um 0,2 % gegenüber dem Vorquartal. Der private Konsum wuchs moderat, während der öffentliche Konsum und die Bruttoanlageinvestitionen zurückgingen. Die Importe gingen stark zurück, während nur ein leichter Rückgang der Exporte gegenüber dem Vorquartal verzeichnet wurde. Trotz der Proteste gegen eine Pensionsreform zu Jahresbeginn wurde im März eine Anhebung des Pensionsantrittsalters auf 64 Jahre beschlossen. Die Umfragen weisen aber auch nach dem Ende der Demonstrationen nicht auf eine Aufhellung der Konsumstimmung hin. Die nunmehr sinkende Inflationsrate ließe mehr Optimismus unter den Haushalten zu. Mit 5,1 % im Mai vollzog sich ein deutlicher Rückgang seit dem Höchststand bei 6,3 % im Februar. Die Inflationsrate lag zudem in den vergangenen Monaten immer unter dem Durchschnitt des Euroraums. Im ersten Quartal konnte ein leichter Anstieg der Realeinkommen verzeichnet werden. Der Arbeitsmarkt präsentierte sich im April mit einer Arbeitslosenquote von 7,0 % und einer Rekordbeschäftigung sehr robust. Unternehmen bemängeln laut einer Umfrage der Banque de France weiterhin einen Facharbeitskräftemangel, dafür dürften Lieferengpässe und Preise bei Rohmaterialien nachlassen. Die Industrieproduktion hat im ersten Quartal stagniert, die Industrieumfragen weisen allerdings auf eine leichte Ausweitung der Produktion im zweiten Quartal hin. Das Institut rechnet im laufenden Jahr mit einer Abschwächung des BIP-Wachstums auf 0,8 %. Für das Jahr 2024 wird ein Wachstum von 1,3 % prognostiziert.

Im **Vereinigten Königreich** ist die Wirtschaftsleistung im ersten Quartal des laufenden Jahres um 0,1 % gegenüber dem Vorquartal gestiegen. Das BIP-Niveau von vor der Coronakrise wird voraussichtlich Mitte 2024 erreicht werden. Zuletzt lieferten die Investitionen und der private Konsum positive Beiträge zum Wachstum, während vom Außenhandel ein negativer Beitrag ausging. Am Arbeitsmarkt ist die Zahl der offenen Stellen auf nach wie vor hohem Niveau leicht rückläufig und die Arbeitslosenquote ist mit 3,8 % weiterhin sehr niedrig. Der Einkaufsmanagerindex für den Dienstleistungssektor lag im Mai mit 55,2 Punkten weiter über der Wachstumsschwelle von 50 Punkten, der entsprechende Index für das Verarbeitende Gewerbe lag dagegen mit 47,1 Punkten weiterhin darunter. Die Stimmung der VerbraucherInnen ist in den vergangenen Monaten auf niedrigem Niveau kontinuierlich gestiegen und deutet auf eine verhalten positive Konsumententwicklung hin.

Der private Konsum wird durch den hohen Preisanstieg gedämpft, was sich im Prognosezeitraum nur langsam verbessern dürfte. Die Inflation ist von ihrem Rekordniveau im Oktober 2022 (11,1 %) zwar etwas zurückgegangen, lag im Mai aber mit 8,7 % weiterhin auf einem sehr hohen Niveau. Die Teuerungsraten liegen seit Herbst 2021 deutlich über dem 2-Prozent-Ziel der *Bank of England*, was die Notenbank dazu veranlasst hat, ihre Leitzinsen in mehreren Schritten auf gegenwärtig 5 % zu erhöhen. Damit dürfte das Ende des Zinserhöhungszyklus nahezu erreicht sein. Die geldpolitische Straffung belastet

sowohl Investitionen im privaten Wohnbau als auch Unternehmensinvestitionen. Alles in allem sollte das Bruttoinlandsprodukt im Prognosezeitraum um 0,2 % bzw. 1,0 % wachsen.

Die Wirtschaftsleistung der **Schweiz** ist im ersten Quartal des laufenden Jahres um 0,5 % gegenüber dem Vorquartal gestiegen. Dabei trugen sowohl der Außenhandel als auch die Inlandsnachfrage zum Wachstum bei. Die Warenexporte entwickelten sich sehr gut und auch der private Konsum stieg erneut an, trotz hoher Preise. Gestützt wurde der Konsum durch die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt. Die Beschäftigung stieg weiter kräftig an und die Arbeitslosigkeit verzeichnete im Mai mit 2,0 % erneut einen sehr niedrigen Stand. Nach zwei starken Quartalen entwickelte sich die chemisch-pharmazeutische Industrie schwach, die übrigen Industriebranchen trugen hingegen positiv zum Wachstum bei. Die Inflation war in den vergangenen Monaten rückläufig und ging bis Mai auf 2,2 % zurück. Hauptgrund dafür waren sinkende Energiepreise. Aufgrund des weiterhin hohen Kostendrucks, insbesondere durch Zweitrundeneffekte und Inflationsdruck aus dem Ausland, hat die Schweizerische Nationalbank den Leitzinssatz im Juni weiter angehoben, auf nun 1,75 %.

Die Stimmungsindikatoren entwickeln sich heterogen. Der Einkaufsmanagerindex für die Industrie hat sich in den vergangenen Monaten kontinuierlich abgeschwächt (Mai: 43,2) und liegt seit Jänner unter der Wachstumsschwelle von 50 Punkten. Der Einkaufsmanagerindex für den Dienstleistungssektor liegt hingegen über der Wachstumsschwelle und hat sich zuletzt seitwärts bewegt (Mai: 52,6). Das KOF Konjunkturbarometer ist im Mai leicht zurückgegangen und liegt mit 90,2 Punkten deutlich unterhalb seines langfristigen Mittelwerts von 100. Insgesamt deuten die Stimmungsindikatoren auf eine verhaltene Entwicklung der Wirtschaft. Im laufenden Jahr werden die größten Impulse von der Inlandsnachfrage erwartet, im kommenden Jahr sollte mit dem Erstarren der globalen Nachfrage der Außenhandel wieder stärker zum Wachstum beitragen. Das Institut erwartet für den Prognosezeitraum ein BIP-Wachstum von 0,8 % bzw. 1,9 %.

In den **mittel- und osteuropäischen Mitgliedsländern** blieb die Wirtschaftsdynamik im ersten Quartal des laufenden Jahres verhalten. Während sich die Rezession in Ungarn das dritte Quartal in Folge fortsetzte, endete sie mit einer Stagnation in Tschechien. In Polen expandierte das BIP nach der rückläufigen Entwicklung im Vorquartal hingegen kräftig. In Bulgarien und Rumänien setzte sich die leicht positive Entwicklung des Vorquartals fort. Konjunkturstützend wirkten in allen Ländern die Dienstleistungen, die sich, trotz sinkender Realeinkommen, als robust erwiesen. Die Nettoexporte trugen zur Expansion bei. Die schwache Industrie und auch der Rückgang der Bauaktivität in einigen Ländern bremsen hingegen die Zunahme der Wirtschaftsleistung.

Die Inflation blieb in den ersten fünf Monaten dieses Jahres in allen Ländern im zweistelligen Bereich. Allerdings schwächte sich die Teuerungsrate seit Anfang des Jahres kontinuierlich ab. Die Verlangsamung folgte der Dynamik der weltweiten Nahrungsmittel- und Energiepreise. Die immer noch hohen Teuerungsraten bei Strom und Brennstoffen sowie bei Lebensmitteln schlagen sich wegen des großen Gewichts dieser Gütergruppen weiterhin stark in der Inflationsrate nieder. Die höchste Inflationsrate in der EU verzeichnete im Mai Ungarn mit 21,5 %, gefolgt von Polen und Tschechien mit jeweils 12,5 %. Die niedrigsten Inflationsraten verzeichneten im Mai Slowenien und Bulgarien mit jeweils rund 8 %. Wegen des Basiseffekts dürfte sich die Abschwächung der Inflation in der zweiten Jahreshälfte beschleunigen. Dadurch könnte es einigen Zentralbanken möglich sein, gegen Ende des Jahres mit einer Lockerung der Geldpolitik zu beginnen. Bereits im Mai startete Ungarn eine Senkung der Zinssätze, indem es den Satz für täglich fällige Einlagen auf 17 % senkte und das obere Ende des Zinskorridors auf 19,5 % reduzierte. Mitte Juni wurden diese Zinssätze weiter auf 16 % bzw. 18,5 % gesenkt.

Die Arbeitslosigkeit bleibt niedrig, und überwiegend wird ein Arbeitskräftemangel verzeichnet. Die niedrigste Arbeitslosenquote verzeichneten im April Tschechien und Polen mit jeweils 2,7 %, die höchsten Kroatien und die Slowakei mit 6,5 % bzw. 6,1 %.

Um die Auswirkungen der hohen Inflation auf Bevölkerung und Unternehmen zu mildern, ergriffen die Länder im Vorjahr zahlreiche Unterstützungsmaßnahmen. Viele davon wirken auch in diesem Jahr und schlagen sich in hohen Budgetdefiziten nieder. Die notwendigen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung könnten die Wirtschaftsdynamik im Prognosezeitraum bremsen.

Nach einer schwächeren Entwicklung im ersten Halbjahr sollte die Konjunktur in den mittel- und osteuropäischen Ländern ab der zweiten Jahreshälfte, getrieben durch Investitionen, Nettoexporte und eine Erholung des privaten Konsums, wieder anspringen. Dabei dürften die nachlassende Inflation und der Aufwärtsdruck auf die Löhne aufgrund der angespannten Arbeitsmärkte den privaten Konsum stützen. Andererseits verteuern die angehobenen Leitzinsen die Kredite für private Haushalte und Unternehmen. Konjunkturstützend wirken die Auszahlungen aus den EU-Mitteln. Die Mittel aus dem NextGenerationEU-Programm werden maßgeblich zur Finanzierung von Projekten zur Dekarbonisierung und Digitalisierung eingesetzt. Da die europarechtlichen Voraussetzungen für die Auszahlung von Geldern aus dem Aufbaufonds der EU an Polen und an Ungarn weiterhin nicht erfüllt sind, haben diese Länder bis dato noch keine Mittel erhalten. Eine Erholung der Auslandsnachfrage im nächsten Jahr hellt die Aussichten für die exportorientierten osteuropäischen Wirtschaften auf. Auch eine geplante Erhöhung der Militärausgaben in den NATO-Ländern wird sich positiv auf die BIP-Dynamik auswirken. Insgesamt dürfte die

Wirtschaftsleistung in den MOEL-5 um 1,0 % in diesem Jahr und um 2,4 % im nächsten Jahr zunehmen.

In **Russland** setzte sich der Rückgang der Wirtschaftsleistung im ersten Quartal dieses Jahres fort. Trotz niedriger Vergleichsbasis schrumpfte die Wirtschaftsaktivität um 1,9 % im Vorjahresvergleich. Das Volumen der Einzelhandelsumsätze, ein aussagekräftiger Indikator für die Dynamik der Wirtschaftsleistung, sank infolge schrumpfender Realeinkommen um 7,3 %. Das Volumen der Neuwagenverkäufe betrug weniger als die Hälfte des Niveaus von vor der Invasion in der Ukraine. Ein Anstieg der Anlageinvestitionen milderte den BIP-Rückgang. Dieser war größtenteils auf öffentlich geförderte Investitionsprojekte zurückzuführen. Höhere Rüstungsausgaben und die Produktion von Militärgütern begrenzten den BIP-Rückgang zusätzlich. Laut Finanzministerium erhöhte sich das Haushaltsdefizit im ersten Quartal 2023 auf etwa 30 Mrd. US-Dollar, was rund 80 % über dem Ziel für das Gesamtjahr liegt, da die Öl- und Gaseinnahmen im Jahresvergleich schätzungsweise um 45 % zurückgingen. Damit sinkt die Wahrscheinlichkeit, das Haushaltsdefizitziel von 2,0 % des BIP im Jahr 2023 zu erreichen. Trotz Sanktionsumgehungen und einer starken Zunahme des russischen Handelsvolumens mit Ländern wie China, Indien oder der Türkei werden die Wirkungen der gegen Russland verhängten westlichen Sanktionen seit Anfang dieses Jahres immer stärker spürbar. Während die nominellen Exporte sinken, steigen die Importe. Die Embargos auf Öl und Ölprodukte sowie der Ölpreisdeckel und der Rückgang der Gasexporte haben die Staatseinnahmen Russlands aus Gas- und Erdölgeschäften in den ersten Monaten dieses Jahres deutlich verringert. Dadurch werden die staatlichen Mittel zur Unterstützung der Wirtschaft begrenzt. Die jüngsten Maßnahmen der EU sollten das Umgehen von Sanktionen erschweren.

Eine Zunahme des Angebots an Konsumgütern und der Basiseffekt führten zu einer Verlangsamung des Preisanstiegs. Die Abschwächung der Inflation auf 2,3 % im April und ein starkes Lohnwachstum haben zuletzt den Rückgang der Realeinkommen etwas gedämpft. Allerdings dürften der nachlassende Basiseffekt, ein schwacher Rubel, eine steigende Konsumnachfrage sowie der angespannte Arbeitsmarkt die Inflation in der zweiten Jahreshälfte wieder anziehen lassen. Die Arbeitslosenquote sank im April auf lediglich 3,3 %. Die angespannte Lage am Arbeitsmarkt erhöht den Druck, die Löhne weiter zu erhöhen. Durch die Mobilisierung für den Krieg und die Abwanderung fehlen der russischen Wirtschaft schätzungsweise rund 1,3 Mio. Arbeitskräfte. Insbesondere die langfristigen wirtschaftlichen Folgen des Braindrains sind beträchtlich. Zusätzlich beeinträchtigt das westliche Exportverbot für Hochtechnologie die längerfristigen Wachstumsaussichten Russlands. Alles in allem könnte die Wirtschaftsleistung im laufenden Jahr einen weiteren Rückgang um 2,0 % verzeichnen und im nächsten Jahr um 1,0 % zunehmen.

Tabelle 3: Internationale Rahmenbedingungen
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2020	2021	2022	2023	2024
BIP, real					
Deutschland	-3,7	2,6	1,8	-0,2	1,8
Italien	-9,0	7,0	3,7	1,2	1,0
Frankreich	-7,5	6,4	2,5	0,8	1,3
Vereinigtes Königreich	-11,0	7,6	4,1	0,2	1,0
Schweiz	-2,5	4,2	2,1	0,8	1,9
USA	-2,8	5,9	2,1	1,3	1,3
Japan	-4,3	2,2	1,0	1,5	1,0
China	2,2	8,4	3,0	5,3	4,8
Polen	-2,0	6,9	5,1	1,3	2,5
Slowakei	-3,3	4,9	1,7	1,5	2,3
Tschechien	-5,5	3,6	2,5	0,3	2,3
Ungarn	-4,5	7,2	4,6	0,5	2,5
Slowenien	-4,3	8,2	5,4	1,3	2,3
MOEL-5 ⁱ	-3,3	6,1	4,2	1,0	2,4
Bulgarien	-4,0	7,6	3,4	1,3	3,0
Rumänien	-3,7	5,8	4,7	2,8	3,3
Kroatien	-8,5	13,1	6,2	2,2	2,5
Russland	-2,7	5,6	-2,1	-2,0	1,0
Euroraum	-6,1	5,3	3,5	0,6	1,5
NMS-5 ⁱⁱ	-3,4	6,2	4,4	1,3	2,7
EU-27	-5,6	5,4	3,5	0,7	1,6
OECD	-4,4	5,7	3,0	1,2	1,7
Welt	-3,1	6,1	3,3	2,6	2,9
Welthandel (Waren laut CPB)	-5,1	10,4	3,2	0,5	3,5
Österreichische Exportmärkte	-8,5	10,2	6,9	1,0	3,0
USD/EUR-Wechselkurs ⁱⁱⁱ	1,14	1,18	1,05	1,08	1,09
Rohölpreis ⁱⁱⁱ	42,8	70,7	100,8	77,0	72,0

ⁱMOEL-5: Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Slowenien

ⁱⁱNMS-5: Polen, Tschechien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien

ⁱⁱⁱabsolute Werte

Quellen: Eurostat, IWF, OECD, CPB, nationale statistische Ämter, Refinitiv Datastream, ab 2023 Prognose des IHS

3 Die österreichische Außenwirtschaft

Die **österreichische Außenwirtschaft** verzeichnete nach dem Coronaschock einen kräftigen Aufschwung. Dem Einbruch um 10,7 % im Jahr 2020 folgte ein durchschnittliches Exportwachstum von 11,1 % in den Jahren 2021 und 2022. Engpässe bei globalen Lieferketten haben laut dem Global Supply Chain Pressure Index (GSCPI) der Federal Reserve Bank of New York im Laufe der letzten eineinhalb Jahre wieder nachgelassen. Trotz der Wiederöffnung der chinesischen Wirtschaft um den Jahreswechsel kühlte sich der globale Warenhandel ab. Während im letzten Jahr noch ein Zuwachs von 3,2 % verzeichnet wurde, ging der weltweite Warenhandel im ersten Quartal 2023 um 1,2 % gegenüber dem Vergleichsquartal im Vorjahr zurück.

Der Anstieg der österreichischen realen Warenexporte betrug im letzten Jahr 8,7 %. Im Schlussquartal 2022 und im ersten Quartal 2023 ergaben sich bereits Rückgänge von 0,7 % bzw. 0,4 % gegenüber dem jeweiligen Vorquartal. Die Vorlaufindikatoren zeigen ein gemischtes Bild. Die Exportauftragslage in der Sach- und Investitionsgüterindustrie hat sich seit dem Winter kontinuierlich eingetrübt, was wohl damit zusammenhängt, dass der Rückstau an Aufträgen, welcher sich nach der Coronapandemie gebildet hatte, kontinuierlich abgebaut wurde. Einige Stimmungsindikatoren haben sich zwar auf einem niedrigen Niveau stabilisiert, weisen aber darauf hin, dass die Nachfrage nach Exportgütern an Momentum verloren hat. Die Konjunktur in Deutschland, dem wichtigsten Handelspartner, zeigte sich zu Jahresbeginn schwach. Mit einer Erholung der Exporte wird vor der zweiten Jahreshälfte nicht gerechnet, allerdings dürfte spätestens im nächsten Jahr eine Verbesserung der Nachfrage in Österreichs Exportmärkten einsetzen. Für das laufende Jahr wird eine Abschwächung des Wachstums der Warenexporte auf 1,0 % erwartet, gefolgt von einem Zuwachs von 3,0 % im Jahr 2024.

Die Rückkehr des internationalen Tourismus zeigte sich nach dem Ende der Corona-Einschränkungen in einem signifikanten Anstieg der Reiseverkehrsexporte um 96,8 % im vergangenen Jahr. Der Wintertourismus dürfte sich ebenfalls gut entwickelt haben. Im ersten Quartal erreichten die Nächtigungen ausländischer Touristen mit 36,4 Mio. nahezu das Niveau in den entsprechenden Monaten im Jahr 2019. Erste Anzeichen weisen allerdings darauf hin, dass der Umsatz mit dem starken Anstieg der Nächtigungszahlen nicht ganz mithalten kann. Möglicherweise veranlassen die starken Preisanstiege in der Gastronomie und Beherbergung die Urlauber zur Zurückhaltung bei den realen Ausgaben. Andererseits weisen die Preisanhebungen auf Zuversicht in der Tourismuswirtschaft hin, diese bei den Gästen auch durchsetzen zu können. Nachdem der Reiseverkehr zu Jahresbeginn 2022 noch durch Corona beeinträchtigt war, ergibt sich für das Jahr 2023 noch ein Aufholpotenzial und es wird ein Anstieg um 16,8 %

prognostiziert. Für das Jahr 2024 wird ein Wachstum der Reiseverkehrsexporte um 1,6 % erwartet.

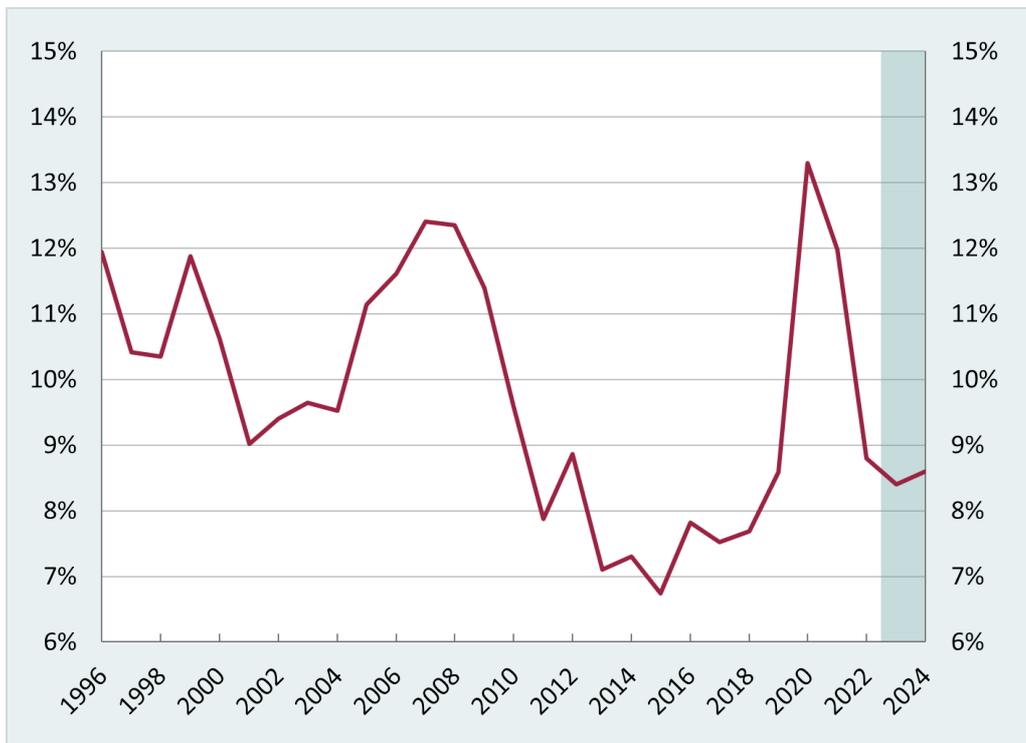
Im ersten Quartal 2023 betrug der Anstieg der realen Importe iwS und der Warenimporte 1,9 % bzw. 1,5 % gegenüber dem Vorquartal, es wird allerdings im Jahresverlauf von einer Abkühlung ausgegangen. Das Handelsbilanzdefizit ist im ersten Quartal mit 3,2 Mrd. Euro um rund 30 % geringer ausgefallen als im Vergleichsquartal im Vorjahr. Für die Importe iwS wird eine leichte Expansion von 1,4 % im laufenden Jahr erwartet und eine moderate Beschleunigung auf 3,0 % im Jahr 2024. Durch die Preisanstiege bei den Warenimporten haben sich die Terms of Trade im vergangenen Jahr verschlechtert. Das Verhältnis der Preise exportierter Waren und Dienstleistungen zu Waren und Dienstleistungen, die importiert wurden, sank im Jahr 2022 um 3,5 %. Für die Jahre 2023 und 2024 wird erwartet, dass sich die Terms of Trade vor allem aufgrund der sinkenden Preise für Rohstoffimporte wieder leicht verbessern.

4 Perspektiven der Inlandskonjunktur

Im laufenden Jahr müssen die österreichischen Haushalte mit leicht schrumpfenden Realeinkommen ihr Auslangen finden, denn die noch immer erhöhte Teuerung verzehrt die durchaus deutliche nominelle Erweiterung ihres verfügbaren Einkommensspielraums. Immerhin kam es in einzelnen Monaten zum ersten Mal seit längerer Zeit zu stärkeren Zuwächsen bei den PKW-Neuzulassungen, wogegen die Einzelhandelsumsätze weiter von realen Rückgängen, auch auf dieser Seite dem Preisauftrieb geschuldet, dominiert waren. Die aus kurzfristigen Indikatoren erwachsenden Signale sind also etwas uneinheitlich. Insgesamt überwiegt allerdings der Eindruck einer während der Pandemie aufgestauten Konsumlust, die von den Haushalten im Rahmen des Möglichen befriedigt wird. Die Nachwirkungen der Pandemie laufen nun endgültig aus, die zusätzlich angehäuften Ersparnisse werden noch umgesetzt, und in der Folge werden die gewohnten längerfristigen Sparziele wieder aufgegriffen.

Gegenüber der Frühlings-Prognose schätzt das Institut die Haushaltsnachfrage im Wesentlichen unverändert ein. Der **Konsum der privaten Haushalte** wächst im laufenden Jahr inflationsbereinigt um 0,5 %, im kommenden Jahr um 1,8 %. Damit geht eine Phase zu Ende, in der die Haushalte ihre Ausgaben teilweise durch Rückgriffe auf Ersparnisse finanzierten. Da die real verfügbaren Haushaltseinkommen heuer geringfügig schrumpfen, wird jedoch noch einmal leicht entspart. Das Niveau der Realeinkommen aus dem Jahr 2019, also vor der Pandemie, wird erst 2024 deutlich überboten. Im laufenden Jahr steht den Haushalten real weniger zur Verfügung als 2019. Der Einkommensverlust während der Pandemie, vor allem im Jahr 2020, konnte also bislang nicht vollständig kompensiert werden. Demgegenüber liegen die Konsumausgaben bereits im laufenden Jahr über dem Niveau von vor der Pandemie.

Die Konsumnachfrage der österreichischen Haushalte reagiert empfindlich auf Verschiebungen in der Dynamik zwischen Lohneinkommen und anderen Einkommen (vereinfachend Gewinneinkommen). Die stärker konsumwirksamen Lohneinkommen entwickeln sich heuer im Gleichschritt mit den Gewinneinkommen, während im kommenden Jahr die Gewinneinkommen etwas zurückbleiben. Dieser Verteilungsaspekt bewirkt also dann einen zusätzlichen Konsumimpuls. Allerdings dürften die Rücklagen aus der Pandemiezeit bereits größtenteils aufgebraucht sein, sodass die Anreize für einen verstärkten Aufbau von Vermögen im kommenden Jahr überwiegen. Da im kommenden Jahr die Realeinkommen immerhin um 2,0 % zunehmen, wird dann den Haushalten ein Spielraum zur Wiederaufnahme von Sparzielen offenstehen. Die Konsumausgaben werden um 1,8 % expandieren, also der Einkommensdynamik nicht mehr zur Gänze folgen.

Abbildung 9: Sparquote der privaten Haushalte

Quellen: Statistik Austria, ab 2023 Prognose des IHS

Abbildung 9 zeigt die längerfristige Entwicklung der **Haushaltssparquote** und lässt eine Abfolge längerfristiger Zyklen erkennen, die durch kurzfristige Muster unterbrochen werden. So könnte man den Zeitraum bis zum Jahr 2015 als eine längere Talfahrt interpretieren, die durch höhere Sparquoten 2005 bis 2010 kurzfristig aussetzte. Ab 2015 folgte darauf eine neue Phase stetigen Aufbaus, die diesmal durch die Sonderentwicklung der Corona-Jahre mit ihren erhöhten Sparquoten unterbrochen wurde. In dieser Episode wurde 2020 ein Rekordwert von 13,3 % erreicht. Etwa ab 2022 setzt nun die Haushaltssparquote ihre längerfristige steigende Trendlinie fort. Die Entwicklung der Realeinkommen bietet genügend Spielraum, um Sparziele und Anschaffungspläne gleichzeitig zu verfolgen. Eine stärkere Revision der Einkommensrechnung der letzten Jahre hat nun dazu geführt, dass die Werte der Haushaltssparquote für das vergangene und das laufende Jahr mit denen vor der Corona-Pandemie recht genau übereinstimmen. Der mutmaßliche Gleichgewichtswert dieser Kenngröße könnte in diesem Bereich, also bei rund 8 bis 9 %, liegen und bereits annähernd erreicht sein.

Das im Vergleich kleine Nachfrageaggregat **Eigenverbrauch privater Dienste ohne Erwerbscharakter** expandiert im Prognosezeitraum kontinuierlich, parallel zum Konsum der Haushalte heuer etwas gedämpfter als im kommenden Jahr. Für das laufende Jahr

ist mit einem Wachstum von 1,3 %, für das nächste Jahr mit einem solchen von 2,0 % zu rechnen. Der Einschluss dieser Non-Profit-Dienste ändert die ausgewiesenen Wachstumsraten nur unerheblich. Auch für den privaten Konsum insgesamt gelten in den beiden Prognosejahren reale Wachstumsraten von 0,5 % und 1,8 %.

Die **realen Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen** sind schwach in das Jahr 2023 gestartet. Nachdem sie saison- und arbeitstagebereinigt im vierten Quartal 2022 um 6,4 % gestiegen waren, gingen sie zu Beginn des heurigen Jahres um 3,7 % zurück. Mit Ausnahme der Investitionen in Nutztiere und Nutzpflanzungen sowie in geistiges Eigentum waren sämtliche Investitionsgüterbereiche rückläufig. Diese Investitionsschwäche dürfte auf die konjunkturelle Eintrübung und die steigenden Finanzierungskosten zurückzuführen sein. Die Banken in Österreich melden auch eine sinkende Nachfrage nach Unternehmenskrediten.

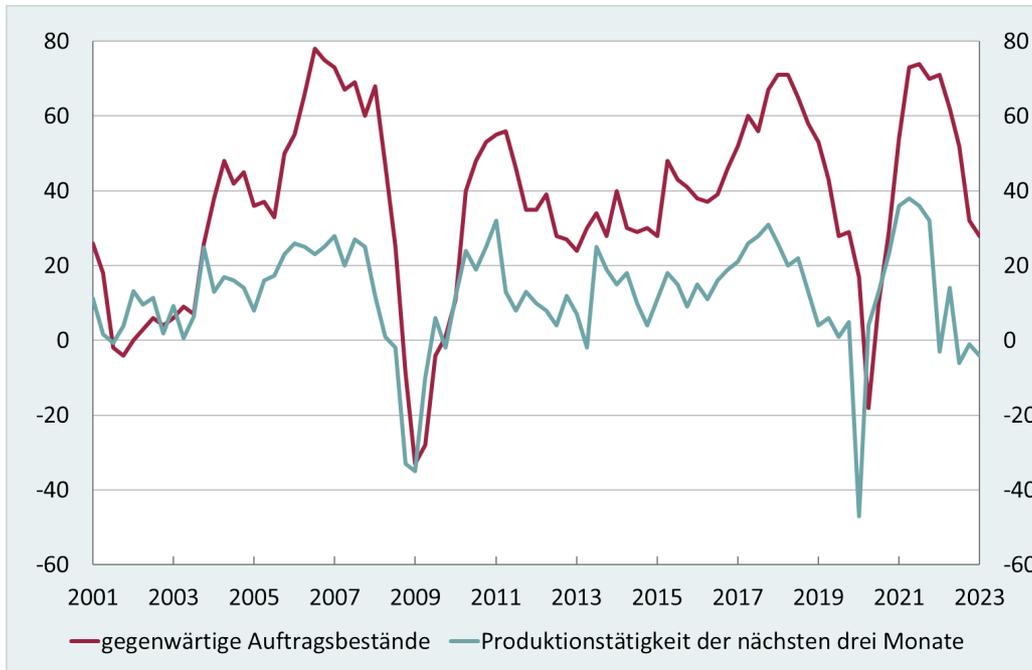
Die Sachkapitalbildung wird sich wohl nur langsam erholen. Die Auftragsbestände und die Produktionserwartungen der heimischen Industrieunternehmen spiegeln die Konjunkturdelle wider (Abbildung 10). Darüber hinaus ist die Auslastung der Produktionskapazitäten nach wie vor hoch, sowohl in der Industrie (Abbildung 11) als auch gesamtwirtschaftlich. Damit besteht gegenwärtig kaum Bedarf, in die Erweiterung der Kapazitäten zu investieren. Auch von der Finanzierungsseite erhalten die Investitionen Gegenwind. Die Nominalzinsen werden wohl noch weiter steigen, und mit langsam zurückgehender Inflation erhöhen sich auch die Realzinsen. Darüber hinaus haben die Geschäftsbanken in Österreich gemäß der euroraumweiten Umfrage zum Kreditgeschäft (*Bank Lending Survey*) ihre Angebotspolitik für Unternehmenskredite im vergangenen Jahr deutlich verschärft, hauptsächlich aufgrund einer ungünstigeren Risikoeinschätzung. Die bankinternen Kreditrichtlinien wurden nach und nach strenger, im ersten Quartal 2023 allerdings nur noch geringfügig.

Erst wenn sich wie erwartet die Konjunktur im In- und Ausland belebt, sollten ab der zweiten Jahreshälfte auch die Investitionen allmählich Fahrt aufnehmen. Im laufenden Jahr dürften die realen Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen stagnieren und im kommenden Jahr um 2,0 % expandieren.

Der Anstieg des Deflators der Ausrüstungsinvestitionen hat sich im ersten Quartal 2023 im Vorjahresvergleich auf 6,4 % beschleunigt, nach 5,8 % im vierten Quartal. Saisonbereinigt ist eine leichte Abschwächung erkennbar, aber auf noch immer sehr hohem Niveau. Da bei den Preisen für Energie und Metalle inzwischen eine deutliche Entspannung zu erkennen ist, wird sich wohl auch der Anstieg der Investitionsgüterpreise allmählich beruhigen. Für den Jahresdurchschnitt 2023 ergibt sich dennoch eine Zunahme um 5,0 %, nach 4,7 % im Jahr 2022 und einem Durchschnitt von 1,0 % im Zeitraum 1996 bis 2021. Im Jahr 2024 dürfte der Anstieg 2,5 % betragen.

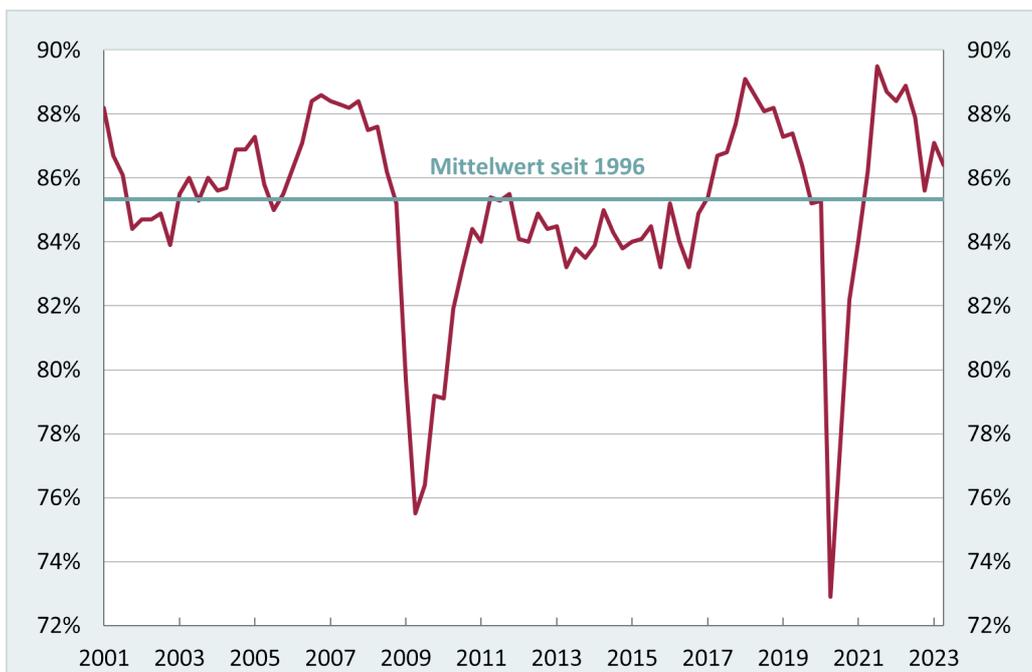
Abbildung 10: Beurteilung der Auftragsbestände und der Produktionstätigkeit der nächsten drei Monate

Saldo aus positiven und negativen Antworten



Quelle: Industriellenvereinigung

**Abbildung 11: Kapazitätsauslastung in der österreichischen Industrie
saisonbereinigt**



Quelle: Europäische Kommission

Um Saison- und Arbeitstageeffekte bereinigt, sind die **realen Bauinvestitionen** im ersten Quartal 2023 um 1,6 % gestiegen, nach 0,5 % im Schlussquartal des vergangenen Jahres. Dabei setzte sich die Schwäche der Wohnbauinvestitionen fort. Diese sinken bereits seit dem zweiten Quartal 2022; der Rückgang um 0,5 % im ersten Quartal 2023 war aber der geringste seit einem Jahr. Auf der anderen Seite wurden die sonstigen Bauinvestitionen zu Jahresbeginn weiter ausgeweitet, und zwar mit 3,1 % gegenüber dem Vorquartal sogar recht kräftig. Hier dürften sich die Infrastrukturinvestitionen im Straßen- und Bahnbau bemerkbar machen.

Im Prognosezeitraum werden sich wohl vor allem die Wohnbauinvestitionen schwach entwickeln. Die Baubewilligungen sind im Jahresdurchschnitt 2022 um 22,5 % gesunken, wobei sich der Rückgang in jedem Quartal beschleunigt hat. Mit knapp 59.000 war die Zahl der Bewilligungen im Wohnungsbau im vergangenen Jahr so niedrig wie zuletzt im Jahr 2012. Der Höhepunkt in der jüngeren Vergangenheit wurde im Jahr 2017 mit gut 86.000 Bewilligungen verzeichnet. Die angesichts der hohen Inflation verhaltene Entwicklung der Realeinkommen spricht nicht für eine durchgreifende Belebung des Wohnbaus. Ein Absturz dieses Bausegments ist angesichts der steigenden Bevölkerung aber auch nicht wahrscheinlich. Etwas günstiger stellen sich die Rahmenbedingungen für die Bauinvestitionen der Unternehmen dar. Zwar macht sich auch hier die Konjunkturdelle bemerkbar, aber mit der erwarteten Konjunkturbelebung werden die Unternehmen wohl nicht nur wieder mehr in Ausrüstungen, sondern auch in Bauten investieren. Bei den öffentlichen Bauinvestitionen steht die Verschlechterung der öffentlichen Finanzen im Zuge der Gewährung von Subventionen und Transfers während der Corona-Krise und zur Abfederung der Folgen der hohen Inflation einer kräftigen Belebung entgegen.

Die Finanzierungskosten werden wohl weiter steigen. Angebotsseitig blieben die bankinternen Richtlinien und die Margen für Wohnbaukredite im ersten Quartal 2023 gemäß dem *Bank Lending Survey* weitgehend unverändert. Die Richtlinien waren auch im vierten Quartal nicht mehr weiter verschärft worden. Gleichwohl sprechen die Verschärfung der Regulierung im Bereich der Wohnbaufinanzierung im vergangenen Jahr und eine Zurückhaltung bei der Kreditvergabe im Umfeld steigender Zinsen, kaum noch zunehmender Immobilienpreise und einer schwachen Entwicklung der Einkommen der privaten Haushalte für eine äußerst träge Wohnbaunachfrage. Gestützt wird der Wohnbau aber durch die thermische Gebäudesanierung sowie den Ersatz von Öl- und Gasheizungen durch Wärmepumpen oder Photovoltaikanlagen. Angebotsengpässe bremsen hier allerdings die Entwicklung. Alles in allem dürften die Bauinvestitionen im Durchschnitt des heurigen Jahres um 2,0 % und im kommenden Jahr um 1,0 % zurückgehen.

Der Anstieg der Baupreise hat sich weiter abgeschwächt, aber auf hohem Niveau. Im ersten Quartal erhöhten sich die Baupreise im Jahresabstand um 8,9 %, nach 10,3 % bzw. 10,0 % im dritten und vierten Quartal des Vorjahres. Wie bereits im vergangenen Jahr, war die Entwicklung in den Bausparten heterogen. Während sich im Hochbau der Preisanstieg im ersten Quartal von 15,6 % auf 13,9 % verringerte, war der Preisauftrieb im Tiefbau mit 1,2 % nach 1,3 % im Vorquartal deutlich geringer. Der Deflator der Bauinvestitionen war im ersten Quartal um 12,5 % höher als vor einem Jahr, nach einer Expansion um 13,4 % Ende vergangenen Jahres. Bei den Baukosten ist inzwischen eine deutliche Verlangsamung zu beobachten. Diese waren im Wohnungs- und Siedlungsbau im April und im Mai 2023 sogar niedriger als im gleichen Vorjahresmonat. Auch im Tiefbau hat sich der Preisanstieg seit März markant abgeschwächt. Dies dürfte damit zusammenhängen, dass vor einem Jahr viele Baumaterialien spürbar teurer geworden waren, nun also ein Basiseffekt zum Tragen kommt. Die Abschwächung bei den Preisen für Baumaterialien wird sich wohl allmählich auch in den Baupreisen niederschlagen. Dem wirken die spürbaren Lohnerhöhungen entgegen. Im Jahresdurchschnitt 2023 wird der Deflator der Bauinvestitionen wohl um 10,0 % steigen. Für das kommende Jahr ist eine Abschwächung des Preisauftriebs auf 5,0 % zu erwarten.

Aus der Prognose der Ausrüstungs- und der Bauinvestitionen ergibt sich für die **Bruttoanlageinvestitionen** ein Rückgang um 1,0 % im laufenden Jahr und ein Anstieg um 0,5 % im kommenden Jahr. Die Investitionsquote, gemessen als Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am nominellen BIP, ist von 26,5 % im Jahr 2021 auf 26,2 % im Jahr 2022 gesunken. Im Prognosezeitraum wird sie wohl weiter auf 25,5 % im Jahr 2024 zurückgehen. Die gesamten realen **Bruttoinvestitionen** (Anlageinvestitionen plus Lagerbestandsveränderungen) dürften im laufenden Jahr um 0,2 % und im kommenden Jahr um 1,7 % ausgeweitet werden.

Der Budgetsaldo der **öffentlichen Finanzen** verbessert sich in den Prognosejahren zunehmend, da die Finanzpolitik zurückhaltender agiert. Das Institut erwartet heuer ein Defizit von 2,6 % des BIP und im kommenden Jahr 1,6 % des BIP. Im Jahr 2022 betrug das Budgetdefizit noch 3,2 % des BIP. Die Dynamik der öffentlichen Haushalte wird auf der einen Seite durch die Vielzahl diskretionärer Maßnahmen im Rahmen der Coronapandemie und der Anti-Teuerungspakete bestimmt. Andererseits prägen die dynamischen Entwicklungen nomineller Bemessungsgrundlagen und teilweise indizierter Werte (z. B. Pensionen, Sozialleistungen, Löhne) das Budget.

Der Fokus diskretionärer Finanzpolitik verschiebt sich im heurigen Jahr. Viele Corona-Maßnahmen, etwa im Bereich Gesundheit und die Unternehmenssubventionen durch die COFAG, laufen aus. Dies führt jedoch nicht zu einem merklichen Rückgang der Ausgaben. Maßnahmen zum Ausgleich der Teuerung erreichen im heurigen Jahr voraussichtlich einen vergleichbaren Umfang wie die entfallenden Pakete. Ziel dieser

Anti-Teuerungsmaßnahmen ist es, die Haushaltseinkommen zu stabilisieren. Dabei wird teilweise sozialpolitisch gezielt vorgegangen, wie z. B. bei der Entlastung von Familien und AlleinerzieherInnen (Anti-Teuerungspaket für Familien) oder Miet- und Heizkostenzuschüssen. Die Strompreisbremse wurde jedoch nicht der Einkommensteuer unterworfen. Aus Sicht des Instituts wäre eine höhere soziale Treffsicherheit wünschenswert gewesen, die auch einen schonenderen Einsatz öffentlicher Mittel ermöglicht hätte.

Einnahmenseitig prägt die dynamische Entwicklung der Steuerbasen das Budget. Die Abgeltung der kalten Progression schwächt jedoch das Wachstum der direkten Steuern. Die relevanten Tarifgrenzen und Anpassungsbeträge werden in den nächsten zwei Jahren aufgrund deutlich höherer Inflationsraten angehoben, um unmittelbar mindestens zwei Drittel der kalten Progression auszugleichen. Diese Anpassungen finden jedoch verzögert statt, da die zugrundeliegende Teuerung bereits im Juli des Vorjahres festgestellt wird. Zum 1. Jänner 2024 wird somit die Inflation zwischen Juli 2022 und Juni 2023 abgegolten. Auch ausgabenseitig gibt es eine Reihe zeitlich verzögerter Entwicklungen. Die monetären Sozialleistungen nehmen dynamisch zu. Insbesondere die Indexierung der Pensionen und der Wegfall der aliquoten Pensionsanpassungen in den Jahren 2024 und 2025 führen zu steigenden Ausgaben. Die voraussichtlich anhaltend hohe Lohndynamik führt zu steigenden Ausgaben für die Besoldung der öffentlich Beschäftigten.

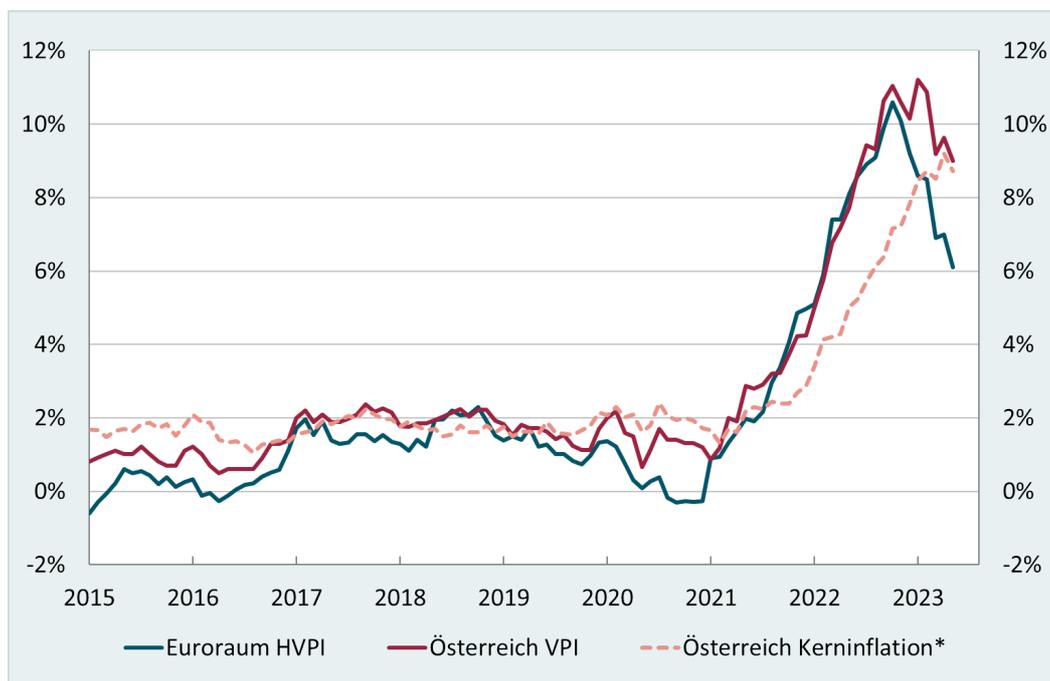
Die Finanzpolitik ist seit Beginn der Corona-Krise expansiv ausgerichtet. Der Großteil aktuell beschlossener Maßnahmen wird bis Ende 2024 auslaufen. Aus Sicht des Instituts hätten temporäre Unterstützungsmaßnahmen zielgerichteter und effizienter ausgestaltet werden können. Das Institut mahnt noch einmal eine stärkere Wirkungsorientierung bereits bei der Konzeptionierung von Unterstützungsleistungen an. Einkommensstützende Maßnahmen in der Breite haben verstärkend zur dynamischen Entwicklung der inländischen Nachfrage beigetragen. Weiterhin wäre es in Zukunft wichtig, durchgeführte Maßnahmenpakete zeitnah wissenschaftlich zu evaluieren. So kann einerseits die gewünschte Zielerreichung überprüft werden, gleichzeitig wird die evidenzbasierte Finanzpolitik gestärkt.

Die Schuldenquote Österreichs ist im Rahmen der Coronakrise um über zehn Prozentpunkte des BIP angestiegen, seither sinkt die Quote aber wieder. Diese für sich genommen positive Entwicklung verdeckt jedoch, dass der Rückgang der Schuldenquote primär durch die hohen nominellen Wachstumsraten des BIP begründet ist. Die Struktur der staatlichen Einnahmen und Ausgaben ist nicht optimal. Aus Sicht des Instituts wäre es jedenfalls wünschenswert, durch strukturelle Reformen mittelfristig größere budgetäre Spielräume zu schaffen. Nur so kann zukünftigen Herausforderungen u. a. in

der Klimapolitik, dem demografischen Wandel, digitaler Transformation oder der Sicherheitspolitik angemessen begegnet werden.

Die **Arbeitnehmerentgelte je Aktiv-Beschäftigten** sind im ersten Quartal 2023 um 5,1 % gestiegen, während die Tariflöhne um 6,7 % zulegten. Die Lohndrift, die den Unterschied zwischen Effektiv- und Tariflöhnen beschreibt, hat damit zum ersten Mal seit zwei Jahren wieder ins Negative gedreht. Vor drei Quartalen lag der Zuwachs bei den Nominallöhnen hingegen noch um 2,5 Prozentpunkte über jenem der Tariflöhne. Für den Jahresdurchschnitt 2023 geht das Institut von einem Anstieg der Effektivlöhne um 7,0 % aus, was den aktuellen Preisanstieg größtenteils kompensieren dürfte. Der Reallohnverlust im laufenden Jahr beträgt somit 0,5 %. Die hohen Teuerungsraten belasten das Miteinander der Sozialpartner merklich, was den Lohnfindungsprozess erschweren dürfte. Das Institut geht derzeit davon aus, dass die Effektivlöhne im nächsten Jahr um 6,0 % zunehmen werden. Bei gegebener Inflationsprognose impliziert dies einen Reallohnzuwachs von knapp 2 %. Die sich gegenseitig verstärkende Dynamik einer Lohn-Preis-Spirale ist damit aber nicht auszumachen. Allerdings dürften die Lohnentwicklungen einem zügigeren Abflachen der Inflation entgegenwirken.

Abbildung 12: Inflation in Österreich und im Euroraum



*Inflation ohne Nahrungsmittel und Energie in Österreich
 Quellen: Eurostat, Statistik Austria, eigene Berechnungen

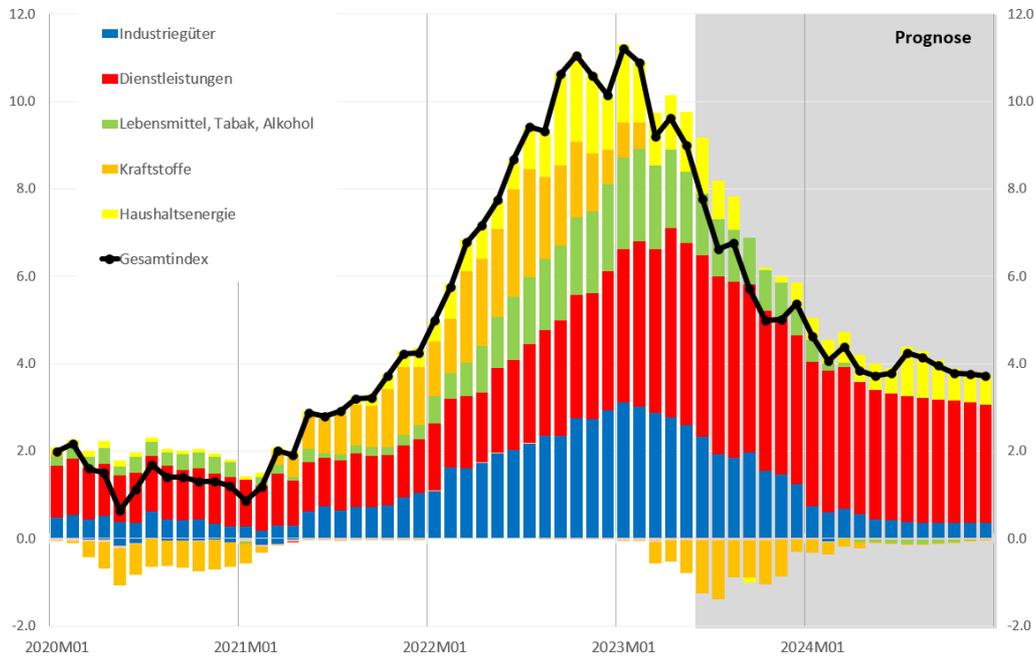
Die **Inflation**, gemessen am VPI, hat sich in Österreich seit ihrem Höhepunkt im Jänner 2023 etwas zurückgebildet (Abbildung 12). Der Preisdruck ist historisch gesehen aber weiterhin auf sehr hohem Niveau. Im Wesentlichen lassen sich zwei Tendenzen

ausmachen: Die energiegetriebene Teuerung lässt zunehmend nach. Hohe Basiseffekte und rückläufige Mineralölpreise dämpfen bereits die Inflationsrate. Die sinkenden Großhandelspreise für Strom und Gas dürften aufgrund vertraglicher Vereinbarungen die KonsumentInnen zeitversetzt erreichen. Inflationsdämpfende Basiseffekte sind im Bereich der Haushaltsenergie ab Herbst dieses Jahres zu erwarten. Hohe Teuerungsraten insbesondere im Dienstleistungssektor wirken dem Abklingen der Inflation aber entgegen. Dabei trägt der Bereich der Bewirtungsdienstleistungen weiterhin stark zur Inflationsrate bei. Auch der Bereich Wohnen, hier insbesondere Instandhaltung und Reparatur, wirkt ebenfalls merklich preistreibend. Trotz des hohen Gewichts im Warenkorb geht von den Nettomieten derzeit nur ein geringer Inflationsbeitrag aus. Indexierte Preise sowie quasi indexierte Löhne reagieren mit einer Verzögerung auf die Inflation, was zu deren Persistenz beiträgt. Das Institut geht daher davon aus, dass die Inflation abnimmt, aber zunehmend auf die Zweitrundeneffekte im Bereich der Dienstleistungen zurückzuführen ist (Abbildung 13). Für das Gesamtjahr 2023 ergibt sich damit eine Inflationsrate von 7,5 %. Im nächsten Jahr dürften vor allem steigende Lohnstückkosten (5,7 %) den Preisdruck, wenn auch deutlich schwächer, aufrechterhalten. Laut Institutsprognose bildet sich die Inflationsrate im Jahr 2024 auf 4,0 % zurück.

Die Teuerungsrate Österreichs (HVPI) lag im Mai um 2,7 Prozentpunkte über der Inflationsrate im Euroraum von 6,1 %. Getrieben wird das Inflationsdifferenzial zum Euroraum von nahezu allen Bereichen. So tragen die Energie 1,1 Prozentpunkte, die Dienstleistungen 1,4 Prozentpunkte und die Güter 0,7 Prozentpunkte zur höheren Inflationsrate in Österreich bei. Lediglich der Bereich Lebensmittel reduziert den Abstand zum Euroraum (–0,7 Prozentpunkte). Das Institut geht von Inflationsraten für den Euroraum von 5,4 % im Jahr 2023 und 3,2 % im Jahr 2024 aus. Damit reduziert sich zwar das Inflationsdifferenzial zum Euroraum, beträgt aber im Jahr 2024 immer noch 0,8 Prozentpunkte.

Die Arbeitsmarktlage bleibt trotz der konjunkturellen Stagnation robust. Aktuell hat sich die Beschäftigungsdynamik etwas verlangsamt und die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen steigt seit April wieder leicht an. In den nächsten Monaten dürfte sich dieser Trend fortsetzen, sodass für den Jahresdurchschnitt 2023 ein Beschäftigungswachstum von 1,1 % erwartet wird. Die Arbeitslosenquote dürfte von 6,3 % auf 6,5 % steigen. Mit der anziehenden Konjunktur sollte die Beschäftigung auch im kommenden Jahr um 1,1 % zulegen und die Arbeitslosenquote 6,3 % betragen. Bei dieser Prognose wird weiterhin davon ausgegangen, dass es in guter sozialpartnerschaftlicher Tradition gelingt, bei den Lohnverhandlungen das richtige Maß zwischen Erhaltung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit und Kaufkraftsicherung zu finden.

Abbildung 13: Beiträge der Komponenten zur Inflation in Österreich
 Inflationsrate in Prozent; Inflationsbeträge in Prozentpunkten



Prognose basiert auf Subaggregaten des VPI; es kann zu Rundungsdifferenzen bei Summenbildung kommen.

Quellen: Statistik Austria, ab Juni 2023 Prognose des IHS

In den letzten Monaten hat sich die Beschäftigungsdynamik verlangsamt. Während zu Jahresbeginn noch Zuwächse von rund 2 % verzeichnet wurden, lag die Zahl der **Aktiv-Beschäftigten** im Mai nur noch um 45.000 Personen bzw. 1,2 % über dem Vergleichswert des Vorjahres. In sektoraler Betrachtung legten die Sachgüterproduktion um 1,7 % und der Dienstleistungsbereich um 1,2 % zu, während die Beschäftigung am Bau stagnierte.

In den kommenden Monaten dürfte die Beschäftigung in saisonbereinigter Betrachtung aufgrund der Konjunkturschwäche nicht mehr zulegen. So weist auch der Indikator Zahl der offenen Stellen seit Jahresbeginn einen Rückgang aus. Mit der Erholung der Konjunktur dürfte die Beschäftigungsdynamik im Verlauf des kommenden Jahres wieder merklich zulegen. Somit erwartet das Institut für beide Prognosejahre jeweils ein Beschäftigungswachstum von 1,1 %.

Nach den kräftigen Rückgängen in den Vorjahren lag die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen im April erstmals wieder über dem Vorjahresniveau. Im Mai ist die Arbeitslosigkeit im Vorjahresvergleich um 10.200 Personen bzw. 4,3 % angestiegen. Hierbei zog die Arbeitslosigkeit bei den Männern etwas stärker an als bei den Frauen. Während die Arbeitslosigkeit in den Bereichen sonstige und wirtschaftsnahe Dienstleistungen zurückging, verzeichneten die Bereiche öffentliche Dienstleistungen, Bau und Herstellung von Waren überdurchschnittliche Anstiege. In den kommenden

Monaten dürfte sich der Arbeitslosigkeitsanstieg verfestigen. Nunmehr erwartet das Institut für den Durchschnitt des laufenden Jahres einen Bestand von 273.000 als arbeitslos vorgemerkten Personen. Mit der Erholung der Konjunktur wird die prognostizierte Arbeitslosenzahl im kommenden Jahr auf 269.000 Personen zurückgehen. Die (nationale) Arbeitslosenquote wird folglich im laufenden Jahr von 6,3 % auf 6,5 % ansteigen und könnte im nächsten Jahr wieder auf 6,3 % fallen. Für die Arbeitslosenquote laut Eurostat-Definition werden Werte von 5,2 % bzw. 5,0 % erwartet, nach 4,8 % im Vorjahr.

Tabelle 4: Arbeitsmarktentwicklung Jänner bis Mai 2023

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr

	in Köpfen	in Prozent
Beschäftigte	56.351	1,5 %
Männer	24.431	1,2 %
Frauen	31.920	1,8 %
Aktiv-Beschäftigte ⁱ	58.235	1,5 %
Primärer Sektor	1.684	2,3 %
Sachgüterproduktion	12.628	2,0 %
Bau	305	0,1 %
Dienstleistungssektor	43.553	1,5 %
Arbeitslose gesamt	-12.226	-3,8 %
Männer	-3.035	-1,6 %
Frauen	-9.191	-7,3 %
Personen in Schulungsmaßnahmen des AMS	1.238	1,7 %

ⁱohne Personen mit aufrechter Beschäftigungsverhältnis, die Kindergeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten

Quellen: Dachverband der Sozialversicherungsträger, AMS, eigene Berechnungen

Die Prognose zeichnet damit weiterhin ein günstiges Bild der Arbeitsmarktentwicklung trotz wirtschaftlicher Stagnation. Es wird davon ausgegangen, dass die konjunkturelle Abschwächung primär die Zahl der offenen Stellen reduziert und nicht zu einem deutlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit führt, wie es in der Vergangenheit oft der Fall war. Hierbei ist auch der demografisch bedingt nur verhaltene Anstieg des Arbeitskräfteangebots zu beachten. Während das Arbeitskräfteangebot der Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft noch merklich zulegt, fällt die Zahl der einheimischen Erwerbspersonen.

Nach den Krisenjahren kann sich die Arbeitsmarktpolitik wieder stärker auf die strukturellen Probleme am österreichischen Arbeitsmarkt fokussieren. Maßnahmen zur Verbesserung der fachlichen Qualifikation der Arbeitskräfte und wohl auch zur Förderung der räumlichen Mobilität sind jedenfalls notwendig, um die strukturelle Arbeitslosigkeit zu senken. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung gewinnen Maßnahmen zur Stärkung des Arbeitskräftepotenzials an Dringlichkeit. Ein weiterer Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen würde eine Ausweitung der wöchentlichen Arbeitszeit erleichtern. Altersadäquate Arbeitsbedingungen sind wohl eine Voraussetzung für einen späteren Pensionsantritt. Weiters erscheinen verstärkte Anstrengungen zur Integration von Flüchtlingen am Arbeitsmarkt sinnvoll. Letztlich ist auch eine selektive Zuwanderungspolitik notwendig, um den Arbeitskräftebedarf auch in der Zukunft zu decken. Defizite bestehen hinsichtlich der Maßnahmen, die bereits frühzeitig dem Entstehen von Problemen am Arbeitsmarkt entgegenwirken. Anzusetzen wäre etwa im Bildungsbereich. Verstärkte Fördermaßnahmen für Kinder aus bildungsfernen Schichten, die möglichst früh ansetzen, sind beispielsweise zu nennen.

5 Monetäre Prognose

Aufgrund der hartnäckig hohen Inflation wurden die Leitzinsen vielerorts weiter angehoben. Im Mai und im Juni hat die Europäische Zentralbank (EZB) ihre Leitzinsen um jeweils 0,25 Prozentpunkte erhöht. Damit liegt der Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte im Euroraum gegenwärtig bei 4 %. In den USA beträgt das Zielband für Taggeld 5 % bis 5,25 % und im Vereinigten Königreich liegt der Repo-Satz bei 5 %. Es werden weitere leichte Zinserhöhungen der Notenbanken erwartet. Die Inflation im Euroraum, gemessen am Anstieg des HVPI, betrug im Mai 6,1 % und ist seit dem Höhepunkt im vergangenen Oktober (10,6 %) rückläufig. Die jüngsten Inflationsraten liegen allerdings immer noch markant über der Zielmarke der EZB von 2 % und es wird nur von einer langsamen Entspannung bei den Preissteigerungen ausgegangen. Für die Jahresdurchschnitte 2023 und 2024 erwartet das Institut für den Euroraum Inflationsraten von 5,4 % bzw. 3,2 %.

Tabelle 5: Leitzinsen

	Europäische Zentralbank	Federal Reserve	Bank of England	Schweizerische Nationalbank	Bank of Japan
Ende 2020	0	0 – 0,25	0,10	–0,75	–0,1
Ende 2021	0	0 – 0,25	0,25	–0,75	–0,1
Ende 2022	2,5	4,25 – 4,5	3,5	1	–0,1
23.6.2023	4	5 – 5,25	5	1,75	–0,1

Quellen: Nationale Zentralbanken, Refinitiv Datastream

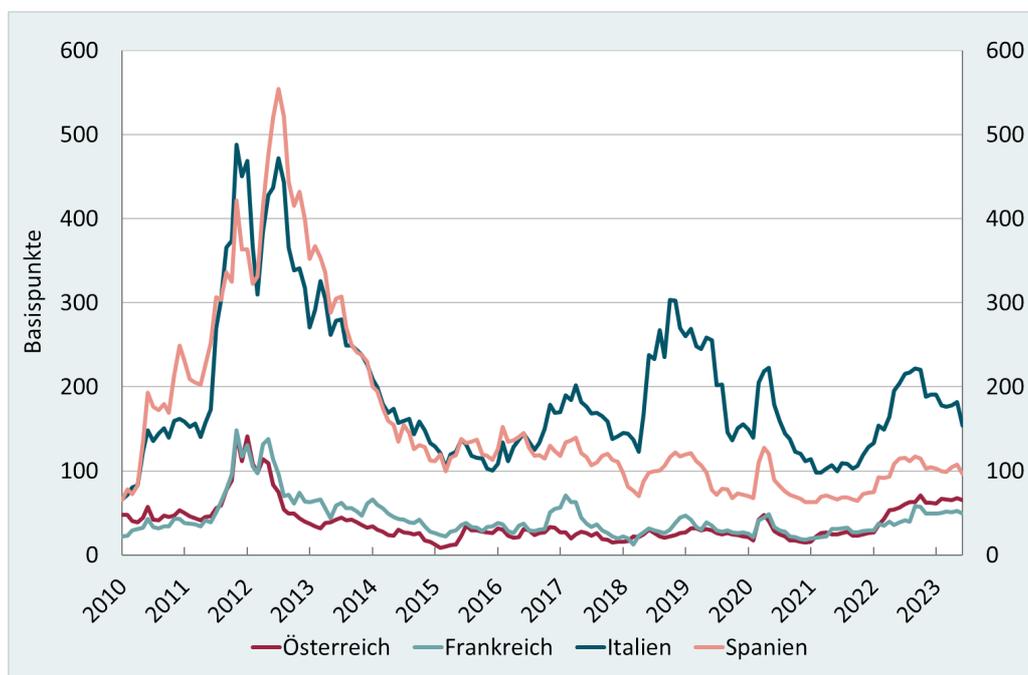
Nach ihren Leitzinsanhebungen um insgesamt vier Prozentpunkte seit Juli vergangenen Jahres hat die EZB im Juni klar signalisiert, dass sie noch nicht am Ende des Zinserhöhungszyklus angelangt ist. Auch im regulären Programm zum Ankauf von Vermögenswerten (APP) gibt es restriktive Impulse. Von März bis Juni wurden die Bestände um rund 15 Mrd. Euro pro Monat reduziert, ab Juli werden fällige Beträge überhaupt nicht mehr reinvestiert. Dies bedeutet eine durchschnittliche Reduktion der Bestände um etwa 30 Mrd. Euro pro Monat. Im Pandemie-Notfallankaufprogramm (PEPP) sind Wiederveranlagungen hingegen noch bis Ende 2024 geplant. Insgesamt betragen die gegenwärtigen Bestände im Rahmen des APP und PEPP rund 3.200 bzw. 1.680 Mrd. Euro.

Die Geldmarktzinsen im Euroraum sind zuletzt im Gefolge höherer Leitzinsen gestiegen und der 3-Monats-Euribor notierte im Durchschnitt des ablaufenden Quartals bei 3,4 %. Damit ist er gegenüber dem Vorquartal und dem Vorjahresquartal um rund 75 bzw. 370 Basispunkte gestiegen. Für den Prognosezeitraum erwartet das Institut im Einklang mit

der Zinspolitik der EZB höhere Geldmarktzinsen. Der 3-Monats-Euribor sollte in den Jahren 2023 und 2024 durchschnittlich 3,5 % bzw. 3,7 % betragen.

Die Renditen von Staatsanleihen im Euroraum steigen seit Herbst 2021 tendenziell, sind allerdings seit vergangenem Sommer auch immer wieder zurückgegangen und dürften ihre Höhepunkte bald erreicht haben. Im ablaufenden Quartal notierten österreichische und deutsche Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren zu durchschnittlich 3,0 % bzw. 2,4 %. Dies bedeutet einen Anstieg der Renditen um knapp 10 Basispunkte im Vergleich zum Vorquartal und einen deutlich kräftigeren Anstieg um 140 bzw. 130 Basispunkte im Vergleich zum Vorjahresquartal.

Abbildung 14: Renditeabstände zehnjähriger Staatsanleihen gegenüber Deutschland



Quellen: Refinitiv Datastream, eigene Berechnungen

Deutsche Bundesanleihen gelten als die sichersten Papiere im Euroraum, was den Druck auf die Renditen dieser Papiere hochhält und gleichzeitig bedeutet, dass die Staatsanleihen aller anderen Euroraum-Länder höhere Renditen aufweisen. Seit November 2021 haben sich die Spreads (Renditeabstände) gegenüber Deutschland ausgeweitet (Abbildung 14), sind jedoch seit Herbst vergangenen Jahres wieder leicht zurückgegangen. Das Institut rechnet damit, dass die Renditeniveaus von Staatsanleihen leicht ansteigen. Für die Jahre 2023 und 2024 wird für österreichische Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren eine durchschnittliche Rendite von 3,2 % bzw. 3,4 % prognostiziert.

Im Durchschnitt des ersten Quartals 2023 betrug der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar 1,09 USD/EUR. Damit hat der Euro gegenüber dem Vorquartal um etwa 1,5 % aufgewertet, gegenüber dem Vorjahresquartal um rund 2,2 %. Für die Jahre 2023 und 2024 erwartet das Institut durchschnittliche Jahreskurse von 1,08 bzw. 1,09 USD/EUR.

Die Prognose des Instituts zur Entwicklung der Einlagen und des vergebenen Kreditvolumens von in Österreich ansässigen monetären Finanzinstituten in den Jahren 2023 und 2024 fällt wie folgt aus. Die Einlagen inländischer Nichtbanken sollten um 2,8 % bzw. 4,3 % steigen. Für das Kreditvolumen an inländische Nichtbanken prognostiziert das Institut eine Ausweitung um 2,5 % bzw. 2,1 %.¹

¹ Aufgrund einer Datenumstellung bei der OeNB wird für die Einlagen inländischer Nichtbanken und für die Kredite an inländische Nichtbanken ab der Sommerprognose 2023 auf die Monetärstatistik zurückgegriffen. Bisher wurden dafür die Geschäftsstrukturdaten der in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitute verwendet. In der Monetärstatistik werden die Spareinlagen nicht separat ausgewiesen, also entfällt die Prognose der Spareinlagen. Die Daten aus den beiden Quellen sind geringfügig unterschiedlich und die Hauptgründe dafür liegen im leicht unterschiedlichen Meldekreis (monetäre Finanzinstitute nach EU-Gemeinschaftsrecht bzw. Kreditinstitute nach österreichischem Recht) und in der unterschiedlichen Art der Meldung: Kredite in der Monetärstatistik sind inklusive Wertberichtigungen (Brutto-Darstellung) zu melden, während diese in den Geschäftsstrukturdaten exklusive Wertberichtigungen (Netto-Darstellung) ausgewiesen werden.

6 Tabellenanhang

TAB. 1/1: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT (ABSOLUT UND VERÄNDERUNG GEGENÜBER VORJAHR)

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
BIP ZU MARKTPREISEN REAL (MRD. €)	359,049 2,3%	367,757 2,4%	373,337 1,5%	349,242 -6,5%	365,157 4,6%	383,151 4,9%	384,994 0,5%	390,395 1,4%
BIP ZU MARKTPREISEN NOM. (MRD. €)	369,362 3,3%	385,274 4,3%	397,170 3,1%	381,042 -4,1%	406,149 6,6%	446,933 10,0%	481,363 7,7%	508,791 5,7%
DEFLATOR DES BIP (2010=100)	102,872 1,0%	104,763 1,8%	106,384 1,5%	109,106 2,6%	111,226 1,9%	116,647 4,9%	125,031 7,2%	130,327 4,2%
VERBRAUCHERPREISINDEX (2015=100)	95,194 2,1%	97,135 2,0%	98,614 1,5%	100,000 1,4%	102,800 2,8%	111,600 8,6%	119,970 7,5%	124,769 4,0%
ARBEITNEHMER-ENTGELT JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	49,281 1,5%	50,566 2,6%	51,838 2,5%	52,780 1,8%	53,921 2,2%	56,366 4,5%	60,312 7,0%	63,931 6,0%
UNSELBSTÄNDIG AKTIV-BESCHÄFTIGTE (IN 1000 PERSONEN)	3573,088 2,0%	3661,127 2,5%	3720,041 1,6%	3643,933 -2,0%	3734,366 2,5%	3844,570 3,0%	3886,861 1,1%	3931,171 1,1%
ARBEITSLOSENQUOTE NATIONALE DEF. <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	8,509 -0,550	7,700 -0,810	7,352 -0,348	9,926 2,574	8,019 -1,907	6,300 -1,720	6,463 0,163	6,311 -0,152

TAB. 1/2: REALES BIP UND HAUPTKOMPONENTEN (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
PRIVATER KONSUM	187,777 2,0%	189,856 1,1%	190,899 0,5%	175,577 -8,0%	181,818 3,6%	190,503 4,8%	191,517 0,5%	194,889 1,8%
ÖFFENTLICHER KONSUM	69,825 0,8%	70,718 1,3%	71,621 1,3%	71,282 -0,5%	76,860 7,8%	79,653 3,6%	78,458 -1,5%	78,458 0,0%
BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN	84,955 4,2%	88,655 4,4%	92,665 4,5%	87,715 -5,3%	95,381 8,7%	95,706 0,3%	94,784 -1,0%	95,292 0,5%
LAGERVERÄNDERUNGEN <i>IN PROZENT DES BIP</i>	4,450 1,2	6,054 1,6	1,311 0,4	2,075 0,6	4,798 1,3	1,955 0,5	2,955 0,8	3,955 1,0
INLANDSNACHFRAGE	347,044 2,4%	355,419 2,4%	356,893 0,4%	337,170 -5,5%	358,969 6,5%	366,590 2,1%	366,677 0,0%	371,733 1,4%
AUSSENBEITRAG <i>IN PROZENT DES BIP</i>	11,947 3,3	12,291 3,3	16,489 4,4	11,895 3,4	5,576 1,5	16,493 4,3	18,317 4,8	18,662 4,8
BIP ZU MARKTPREISEN	359,049 2,3%	367,757 2,4%	373,337 1,5%	349,242 -6,5%	365,157 4,6%	383,151 4,9%	384,994 0,5%	390,395 1,4%

TAB. 1/3: WACHSTUMSBEITRÄGE DER REALEN ENDNACHFRAGEKOMPONENTEN (IN PROZENTPUNKTEN)

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
PRIVATER KONSUM	1,023	0,581	0,285	-4,138	1,783	2,382	0,271	0,899
ÖFFENTLICHER KONSUM	0,154	0,249	0,247	-0,092	1,649	0,788	-0,311	0,000
BRUTTOINVESTITIONEN	1,086	1,505	-0,185	-1,210	2,922	-0,676	0,050	0,468
ANLAGEINVESTITIONEN	0,978	1,029	1,090	-1,331	2,186	0,090	-0,252	0,139
LAGERVERÄNDERUNGEN	0,095	0,436	-1,278	0,253	0,836	-0,771	0,475	0,441
EXPORTE I.W.S.	2,567	2,810	2,210	-5,939	4,951	7,030	1,303	1,780
WAREN	1,803	1,817	1,343	-2,824	4,754	3,619	0,446	1,290
DIENSTLEISTUNGEN	0,764	0,993	0,867	-3,115	0,197	3,407	0,857	0,490
IMPORTE I.W.S.	-2,569	-2,721	-1,095	4,811	-6,665	-4,213	-0,874	-1,769
WAREN	-1,544	-1,563	-0,108	2,323	-5,098	-1,668	-0,089	-1,268
DIENSTLEISTUNGEN	-1,026	-1,158	-0,987	2,488	-1,567	-2,545	-0,785	-0,502
BRUTTOINLANDSPRODUKT	2,259	2,425	1,517	-6,454	4,557	4,928	0,481	1,403

TAB. 1/4: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
HAUSHALTSSPARQUOTE	7,5	7,7	8,6	13,3	12,0	8,8	8,4	8,6
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0,3	0,2	0,9	4,7	-1,4	-3,1	-0,5	0,2
INVESTITIONSQUOTE	23,6	24,1	24,9	25,0	26,5	26,2	25,9	25,5
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0,5	0,5	0,8	0,1	1,5	-0,3	-0,3	-0,4
REALZINSSATZ	-0,42	-1,16	-1,49	-2,78	-1,95	-3,16	-4,00	-0,87
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	1,05	-0,74	-0,33	-1,30	0,83	-1,20	-0,84	3,13
HVPI - HARMONISIRTER VERBRAUCHERPREISINDEX	103,22 2,2%	105,41 2,1%	106,98 1,5%	108,47 1,4%	111,46 2,8%	121,07 8,6%	130,15 7,5%	135,36 4,0%
REALLÖHNE, BRUTTO JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	47,707 -0,3%	47,982 0,6%	48,361 0,8%	48,602 0,5%	48,513 -0,2%	47,145 -2,8%	46,926 -0,5%	47,828 1,9%
ARBEITSPRODUKTIVITÄT JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	10,049 0,2%	10,045 0,0%	10,036 -0,1%	9,584 -4,5%	9,778 2,0%	9,966 1,9%	9,905 -0,6%	9,931 0,3%
LOHNSTÜCKKOSTEN GESAMTWIRTSCHAFT	128,989 1,2%	132,400 2,6%	135,854 2,6%	144,843 6,6%	145,037 0,1%	148,757 2,6%	160,150 7,7%	169,319 5,7%
ARBEITSLOSENQUOTE EU DEF.-2021	5,9	5,2	4,8	6,1	6,2	4,8	5,2	5,0
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0,5	-0,7	-0,4	1,3	0,1	-1,4	0,4	-0,2
BUDGETSALDO MAASTRICHT (% DES BIP)	-0,8	0,2	0,6	-8,0	-5,8	-3,2	-2,6	-1,6
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0,7	1,0	0,4	-8,6	2,2	2,6	0,6	1,0

TAB. 2: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	186,016 3,7%	191,859 3,1%	196,132 2,2%	182,149 -7,1%	193,055 6,0%	217,900 12,9%	235,414 8,0%	249,115 5,8%
KONSUM PRIVATE ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK	7,933 5,2%	8,228 3,7%	8,618 4,7%	9,016 4,6%	9,480 5,1%	9,815 3,5%	10,335 5,3%	10,753 4,0%
ÖFFENTLICHER KONSUM	71,986 2,4%	74,510 3,5%	77,287 3,7%	80,284 3,9%	88,094 9,7%	92,586 5,1%	94,845 2,4%	99,113 4,5%
BRUTTOINVESTITIONEN	91,744 5,8%	99,117 8,0%	100,677 1,6%	97,725 -2,9%	112,827 15,5%	121,262 7,5%	130,821 7,9%	138,247 5,7%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	48,211 6,3%	50,348 4,4%	53,637 6,5%	50,410 -6,0%	56,911 12,9%	60,714 6,7%	63,750 5,0%	66,650 4,6%
BAUINVESTITIONEN	39,064 4,9%	42,484 8,8%	45,311 6,7%	44,887 -0,9%	50,628 12,8%	56,394 11,4%	60,793 7,8%	63,194 4,0%
STATISTISCHE DIFFERENZ	-0,001	-0,001	0,045	0,430	0,343	-0,113	-0,102	-0,102
ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0,001	0,000	0,046	0,385	-0,086	-0,456	0,011	0,000
INLANDSNACHFRAGE	357,677 4,0%	373,713 4,5%	382,759 2,4%	369,604 -3,4%	403,800 9,3%	441,450 9,3%	471,312 6,8%	497,125 5,5%
EXPORTE I.W.S.	199,644 6,5%	213,682 7,0%	221,451 3,6%	196,667 -11,2%	227,038 15,4%	275,626 21,4%	289,620 5,1%	303,281 4,7%
IMPORTE I.W.S.	187,960 8,2%	202,120 7,5%	207,040 2,4%	185,228 -10,5%	224,690 21,3%	270,143 20,2%	279,569 3,5%	291,615 4,3%
BIP ZU MARKTPREISEN	369,362 3,3%	385,274 4,3%	397,170 3,1%	381,042 -4,1%	406,149 6,6%	446,933 10,0%	481,363 7,7%	508,791 5,7%

TAB. 3: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	180,075 1,9%	182,058 1,1%	182,976 0,5%	167,730 -8,3%	173,693 3,6%	182,253 4,9%	183,165 0,5%	186,370 1,8%
KONSUM PRIVATE ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK	7,702 3,9%	7,797 1,2%	7,922 1,6%	7,838 -1,1%	8,116 3,5%	8,253 1,7%	8,356 1,3%	8,523 2,0%
ÖFFENTLICHER KONSUM	69,825 0,8%	70,718 1,3%	71,621 1,3%	71,282 -0,5%	76,860 7,8%	79,653 3,6%	78,458 -1,5%	78,458 0,0%
BRUTTOINVESTITIONEN	89,448 4,5%	94,870 6,1%	94,188 -0,7%	89,690 -4,8%	99,909 11,4%	97,476 -2,4%	97,656 0,2%	99,340 1,7%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	47,435 5,5%	49,025 3,4%	51,615 5,3%	48,028 -7,0%	53,461 11,3%	54,453 1,9%	54,453 0,0%	55,542 2,0%
BAUINVESTITIONEN	37,526 2,7%	39,625 5,6%	41,060 3,6%	39,649 -3,4%	41,968 5,8%	41,396 -1,4%	40,568 -2,0%	40,163 -1,0%
STATISTISCHE DIFFERENZ <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0,052 0,050	0,024 -0,028	0,141 0,118	0,806 0,665	1,002 0,196	-1,059 -2,061	-0,959 0,100	-0,959 0,000
INLANDSNACHFRAGE	347,044 2,4%	355,419 2,4%	356,893 0,4%	337,170 -5,5%	358,969 6,5%	366,590 2,1%	366,677 0,0%	371,733 1,4%
EXPORTE I.W.S.	197,450 4,9%	207,714 5,2%	215,991 4,0%	192,984 -10,7%	211,497 9,6%	238,094 12,6%	243,124 2,1%	250,317 3,0%
IMPORTE I.W.S.	185,504 5,3%	195,424 5,3%	199,503 2,1%	181,090 -9,2%	205,920 13,7%	221,601 7,6%	224,807 1,4%	231,655 3,0%
BIP ZU MARKTPREISEN	359,049 2,3%	367,757 2,4%	373,337 1,5%	349,242 -6,5%	365,157 4,6%	383,151 4,9%	384,994 0,5%	390,395 1,4%

TAB. 4: PREISINDIZES (2015 = 100)

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	103,299 1,8%	105,383 2,0%	107,190 1,7%	108,596 1,3%	111,147 2,3%	119,559 7,6%	128,526 7,5%	133,667 4,0%
ÖFFENTLICHER KONSUM	103,095 1,6%	105,362 2,2%	107,910 2,4%	112,628 4,4%	114,616 1,8%	116,236 1,4%	120,886 4,0%	126,326 4,5%
BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN	102,730 1,4%	104,711 1,9%	106,780 2,0%	108,643 1,7%	112,746 3,8%	122,363 8,5%	131,396 7,4%	136,260 3,7%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	101,636 0,7%	102,699 1,0%	103,917 1,2%	104,961 1,0%	106,453 1,4%	111,499 4,7%	117,074 5,0%	120,001 2,5%
BAUINVESTITIONEN	104,099 2,2%	107,216 3,0%	110,352 2,9%	113,211 2,6%	120,634 6,6%	136,230 12,9%	149,853 10,0%	157,345 5,0%
INLANDSNACHFRAGE	103,064 1,6%	105,147 2,0%	107,247 2,0%	109,620 2,2%	112,489 2,6%	120,421 7,1%	128,536 6,7%	133,732 4,0%
EXPORTE I.W.S.	101,111 1,6%	102,873 1,7%	102,528 -0,3%	101,908 -0,6%	107,348 5,3%	115,764 7,8%	119,125 2,9%	121,159 1,7%
IMPORTE I.W.S.	101,324 2,8%	103,427 2,1%	103,778 0,3%	102,285 -1,4%	109,115 6,7%	121,905 11,7%	124,360 2,0%	125,883 1,2%
BIP ZU MARKTPREISEN	102,872 1,0%	104,763 1,8%	106,384 1,5%	109,106 2,6%	111,226 1,9%	116,647 4,9%	125,031 7,2%	130,327 4,2%

TAB. 5: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
WARENEXPORTE	140,060 6,5%	149,248 6,6%	152,776 2,4%	139,930 -8,4%	167,969 20,0%	199,393 18,7%	206,925 3,8%	215,797 4,3%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	43,292 7,3%	46,977 8,5%	50,480 7,5%	46,352 -8,2%	51,764 11,7%	60,608 17,1%	62,902 3,8%	66,570 5,8%
REISEVERKEHR	16,293 4,9%	17,457 7,1%	18,194 4,2%	10,385 -42,9%	7,305 -29,7%	15,625 113,9%	19,793 26,7%	20,914 5,7%
EXPORTE I.W.S.	199,644 6,5%	213,682 7,0%	221,451 3,6%	196,667 -11,2%	227,038 15,4%	275,626 21,4%	289,620 5,1%	303,281 4,7%
WARENIMPORTE	138,912 7,8%	148,064 6,6%	148,339 0,2%	136,466 -8,0%	168,236 23,3%	199,989 18,9%	203,395 1,7%	211,068 3,8%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	40,492 9,3%	44,826 10,7%	49,048 9,4%	45,260 -7,7%	50,700 12,0%	59,679 17,7%	64,542 8,2%	68,239 5,7%
REISEVERKEHR	8,556 9,6%	9,230 7,9%	9,652 4,6%	3,502 -63,7%	5,754 64,3%	10,475 82,1%	11,631 11,0%	12,307 5,8%
IMPORTE I.W.S.	187,960 8,2%	202,120 7,5%	207,040 2,4%	185,228 -10,5%	224,690 21,3%	270,143 20,2%	279,569 3,5%	291,615 4,3%

TAB. 6: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
WARENEXPORTE	139,385 4,9%	146,063 4,8%	151,128 3,5%	140,032 -7,3%	158,161 12,9%	172,000 8,7%	173,720 1,0%	178,932 3,0%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	42,397 5,8%	45,312 6,9%	48,146 6,3%	43,976 -8,7%	47,894 8,9%	54,154 13,1%	55,237 2,0%	57,032 3,3%
REISEVERKEHR	15,672 2,6%	16,337 4,2%	16,712 2,3%	9,365 -44,0%	6,317 -32,5%	12,433 96,8%	14,516 16,8%	14,748 1,6%
EXPORTE I.W.S.	197,450 4,9%	207,714 5,2%	215,991 4,0%	192,984 -10,7%	211,497 9,6%	238,094 12,6%	243,124 2,1%	250,317 3,0%
WARENIMPORTE	137,086 4,3%	142,783 4,2%	143,185 0,3%	134,280 -6,2%	153,394 14,2%	159,570 4,0%	159,889 0,2%	164,686 3,0%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	39,995 7,9%	43,600 9,0%	47,121 8,1%	43,529 -7,6%	47,253 8,6%	53,764 13,8%	56,452 5,0%	58,287 3,3%
REISEVERKEHR	8,391 9,3%	9,008 7,3%	9,185 2,0%	3,339 -63,7%	5,341 60,0%	8,452 58,2%	8,874 5,0%	9,117 2,7%
IMPORTE I.W.S.	185,504 5,3%	195,424 5,3%	199,503 2,1%	181,090 -9,2%	205,920 13,7%	221,601 7,6%	224,807 1,4%	231,655 3,0%

TAB. 7: EXPORT- UND IMPORTPREISINDIZES LT. VGR (2015 = 100)

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
WARENEXPORTE	100,484 1,5%	102,180 1,7%	101,090 -1,1%	99,927 -1,2%	106,201 6,3%	115,926 9,2%	119,114 2,8%	120,603 1,3%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	102,112 1,4%	103,674 1,5%	104,849 1,1%	105,402 0,5%	108,082 2,5%	111,918 3,5%	113,877 1,8%	116,724 2,5%
REISEVERKEHR	103,957 2,3%	106,858 2,8%	108,868 1,9%	110,898 1,9%	115,642 4,3%	125,671 8,7%	136,353 8,5%	141,807 4,0%
EXPORTE I.W.S.	101,111 1,6%	102,873 1,7%	102,528 -0,3%	101,908 -0,6%	107,348 5,3%	115,764 7,8%	119,125 2,9%	121,159 1,7%
WARENIMPORTE	101,332 3,4%	103,699 2,3%	103,600 -0,1%	101,628 -1,9%	109,676 7,9%	125,330 14,3%	127,210 1,5%	128,164 0,8%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	101,243 1,2%	102,811 1,5%	104,090 1,2%	103,976 -0,1%	107,294 3,2%	111,001 3,5%	114,331 3,0%	117,075 2,4%
REISEVERKEHR	101,964 0,3%	102,472 0,5%	105,077 2,5%	104,892 -0,2%	107,724 2,7%	123,941 15,1%	131,067 5,8%	134,999 3,0%
IMPORTE I.W.S.	101,324 2,8%	103,427 2,1%	103,778 0,3%	102,285 -1,4%	109,115 6,7%	121,905 11,7%	124,360 2,0%	125,883 1,2%
TERMS OF TRADE, GESAMT	99,790 -1,2%	99,464 -0,3%	98,795 -0,7%	99,631 0,8%	98,381 -1,3%	94,962 -3,5%	95,790 0,9%	96,247 0,5%
TERMS OF TRADE, GÜTER	99,164 -1,8%	98,536 -0,6%	97,578 -1,0%	98,326 0,8%	96,832 -1,5%	92,497 -4,5%	93,636 1,2%	94,101 0,5%

TAB. 8: AUSSENHANDELSVERFLECHTUNG ÖSTERREICHS (PROZENT BZW. PROZENTPUNKTE)

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
IMPORTQUOTE, GESAMT	50,888	52,461	52,129	48,611	55,322	60,444	58,078	57,315
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	2,312	1,574	-0,333	-3,518	6,711	5,122	-2,365	-0,763
IMPORTQUOTE, GÜTER	37,609	38,431	37,349	35,814	41,422	44,747	42,254	41,484
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	1,576	0,822	-1,082	-1,535	5,608	3,325	-2,493	-0,770
EXPORTQUOTE, GESAMT	54,051	55,462	55,757	51,613	55,900	61,671	60,167	59,608
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	1,645	1,411	0,295	-4,144	4,287	5,770	-1,504	-0,558
EXPORTQUOTE, GÜTER	37,919	38,738	38,466	36,723	41,356	44,614	42,987	42,414
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	1,141	0,819	-0,272	-1,743	4,634	3,257	-1,626	-0,574

TAB. 9: ARBEITSMARKT (1000 PERSONEN BZW. PROZENT)

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
ERWERBSFÄHIGE BEVÖLKERUNG	5625,702 0,2%	5629,901 0,1%	5631,117 0,0%	5630,493 0,0%	5627,103 -0,1%	5664,812 0,7%	5664,117 0,0%	5659,162 -0,1%
ERWERBSQUOTE	79,728 1,0%	80,769 1,3%	81,595 1,0%	82,096 0,6%	82,436 0,4%	82,690 0,3%	83,600 1,1%	84,436 1,0%
ERWERBSPERSONEN	4485,272 1,3%	4547,191 1,4%	4594,732 1,0%	4622,403 0,6%	4638,782 0,4%	4684,254 1,0%	4735,200 1,1%	4778,368 0,9%
INLÄNDISCHE ERWERBSPERSONEN	3687,409 0,3%	3698,440 0,3%	3698,881 0,0%	3704,422 0,1%	3685,344 -0,5%	3664,532 -0,6%	3649,195 -0,4%	3654,354 0,1%
AUSLÄNDISCHES ARBEITS- KRÄFTEANGEBOT	797,863 5,9%	848,751 6,4%	895,851 5,5%	917,981 2,5%	953,438 3,9%	1019,722 7,0%	1086,004 6,5%	1124,014 3,5%
SELBSTÄNDIG ERWERBSTÄTIGE	490,000 1,3%	493,600 0,7%	496,100 0,5%	495,600 -0,1%	502,100 1,3%	507,500 1,1%	506,231 -0,3%	508,762 0,5%
UNSELBSTÄNDIGES ARBEITSKRÄFTEANGEBOT	3995,272 1,3%	4053,591 1,5%	4098,632 1,1%	4126,803 0,7%	4136,682 0,2%	4176,754 1,0%	4228,969 1,3%	4269,606 1,0%
UNSELBSTÄNDIG AKTIV-BESCHÄFTIGTE	3573,088 2,0%	3661,127 2,5%	3720,041 1,6%	3643,933 -2,0%	3734,366 2,5%	3844,570 3,0%	3886,861 1,1%	3931,171 1,1%
KINDERGELDBEZIEHENDE UND PRÄSENZDIENSTLEISTENDE	82,208 -2,6%	80,357 -2,3%	77,263 -3,9%	73,231 -5,2%	70,575 -3,6%	69,063 -2,1%	68,787 -0,4%	68,959 0,3%
ARBEITSLOSE	339,976 -4,9%	312,107 -8,2%	301,328 -3,5%	409,639 35,9%	331,741 -19,0%	263,121 -20,7%	273,321 3,9%	269,476 -1,4%
ARBEITSLOSENQUOTE NAT.DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	8,509 -0,550	7,700 -0,810	7,352 -0,348	9,926 2,574	8,019 -1,907	6,300 -1,720	6,463 0,163	6,311 -0,152

TAB. 10: EINKOMMENSVERTEILUNG (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
ARBEITNEHMERENTGELT LAUT VGR	176,086 3,5%	185,127 5,1%	192,838 4,2%	192,328 -0,3%	201,362 4,7%	216,704 7,6%	234,424 8,2%	251,322 7,2%
BRUTTOBETRIEBSÜBERSCHUSS/ SELBSTSTÄNDIGENEINKOMMEN	146,689 3,2%	153,004 4,3%	155,472 1,6%	156,077 0,4%	167,375 7,2%	179,588 7,3%	193,640 7,8%	201,505 4,1%
PRODUKTIONSABGABEN MINUS SUBVENTIONEN	46,587 2,7%	47,144 1,2%	48,859 3,6%	32,638 -33,2%	37,412 14,6%	50,641 35,4%	53,300 5,3%	55,965 5,0%
BIP ZU MARKTPREISEN NOMINELL	369,362 3,3%	385,274 4,3%	397,170 3,1%	381,042 -4,1%	406,149 6,6%	446,933 10,0%	481,363 7,7%	508,791 5,7%
PRIMÄREINKOMMEN AUS DEM AUSLAND, NETTO	-3,463 12754,7%	-3,773 8,9%	-1,137 -69,9%	3,379 -397,1%	1,826 -46,0%	-1,092 -159,8%	-1,092 0,0%	-1,114 2,0%
ABSCHREIBUNGEN LAUT VGR	66,243 3,9%	69,315 4,6%	72,786 5,0%	75,770 4,1%	79,904 5,5%	83,699 4,8%	87,047 4,0%	90,094 3,5%
NETTO-NATIONALEINKOMMEN ZU MARKTPREISEN	299,655 2,0%	312,186 4,2%	323,246 3,5%	308,651 -4,5%	328,071 6,3%	362,142 10,4%	393,224 8,6%	417,584 6,2%
LAUFENDE TRANSFERS AUS DEM AUSLAND, NETTO	-2,682 -22,2%	-3,765 40,3%	-3,415 -9,3%	-3,476 1,8%	-2,499 -28,1%	-2,245 -10,2%	-2,470 10,0%	-2,544 3,0%
VERFÜGBARES NETTOEINKOMMEN DER VOLKSWIRTSCHAFT	296,973 2,3%	308,421 3,9%	319,831 3,7%	305,174 -4,6%	325,571 6,7%	359,897 10,5%	390,755 8,6%	415,040 6,2%

TAB. 11 : MONETÄRER BEREICH (JAHRES DURCHSCHNITTE IN MRD. € BZW. PROZENT)

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
EINLAGEN VON INLÄNDISCHEN NICHTBANKEN	348,270 5,0%	364,774 4,7%	380,636 4,3%	403,721 6,1%	425,328 5,4%	438,893 3,2%	451,182 2,8%	470,583 4,3%
KREDITVOLUMEN (FORDERUNGEN AN INLÄNDISCHE NICHTBANKEN)	338,709 1,0%	349,544 3,2%	365,034 4,4%	380,664 4,3%	396,232 4,1%	423,029 6,8%	433,605 2,5%	442,711 2,1%
EURIBOR 3M	-0,33	-0,32	-0,36	-0,43	-0,55	0,35	3,51	3,68
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0,07	0,01	-0,04	-0,07	-0,12	0,90	3,16	0,17
ÖSTERREICHISCHE BENCHMARKRENDITE 10J	0,59	0,68	0,06	-0,22	-0,09	1,72	3,19	3,37
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0,21	0,09	-0,62	-0,28	0,14	1,80	1,47	0,18

TAB. 12: WECHSELKURSE

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
USD/EUR	1,13 1,8%	1,18 4,4%	1,12 -5,1%	1,14 1,8%	1,18 3,5%	1,05 -11,0%	1,08 2,9%	1,09 0,9%
GBP/EUR	0,88 7,3%	0,88 0,0%	0,88 0,0%	0,89 1,1%	0,86 -3,4%	0,85 -1,2%	0,87 2,4%	0,86 -1,1%
YEN/EUR	126,66 5,3%	130,37 2,9%	122,09 -6,4%	121,81 -0,2%	129,85 6,6%	138,02 6,3%	145,20 5,2%	147,14 1,3%
CHF/EUR	1,11 1,8%	1,15 3,6%	1,11 -3,5%	1,07 -3,6%	1,08 0,9%	1,01 -6,5%	0,98 -3,0%	0,97 -1,0%

TAB. 13: STATISTISCHE KOMPONENTEN DER BIP-VERÄNDERUNG

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
STATISTISCHER ÜBERHANG ¹	1,0%	0,9%	1,2%	-0,3%	0,8%	2,4%	0,4%	0,3%
JAHRESVERLAUFSRATE ²	2,2%	2,7%	0,0%	-5,5%	6,3%	2,9%	0,4%	1,6%
JAHRESVERÄNDERUNGSRATE ³	2,3%	2,4%	1,5%	-6,5%	4,6%	4,9%	0,5%	1,4%

1) Saison- und kalenderbereinigtes reales BIP im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum Quartalsdurchschnitt des Vorjahres

2) Saison- und kalenderbereinigtes reales BIP im vierten Quartal in Relation zum vierten Quartal des Vorjahres

3) Jahresveränderungsrate des nicht saison- und kalenderbereinigten realen BIP (Ursprungswerte)